

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugpreis:
 Vierteljahr 1.40 RM, monatlich 1.00 RM, frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne Nummern 10 Pfennig. **Vollbezug:** Monatlich vom Postamt abgeholt 1.90 RM, vom Briefträger ins Haus gebracht 1.94 RM. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 4.— RM, für das übrige Ausland 5.50 RM monatlich. **Bericht ins Feld:** Bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM. **Verbestellungen nehmen an:** Adressat, Holland, Dageburg, Schweden und die Schweiz. **Eingetroffen in die Postanstalt-Briefkästen.**
Ersteinst täglich.
Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenschein-Liste 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf. (zweiwöchentlich 3 wöchentlich 4 Pf.), jedes weitere Wort 15 Pf. **Stellenanzeigen** und **Schulstellenaussagen** das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. **Worte über 15 Buchstaben** zahlen für zwei Worte. **Traueranzeigen** 10%, **Familien-Anzeigen**, **politische** und **gewerkschaftliche Anzeigen** 60 Pf. die Zeile. **Anzeigen für die nächste Nummer** wählen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft. **Beim 63. 68. Linderstraße 4.** abzugeben. **Schließen** vom 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Freitag, den 27. September 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Amerikanisch-Französischer Grossangriff.

Die Reichskrise.

Wie ernst die Krise ist, in der wir uns befinden, zeigt das Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber dem Plan, Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung aufzufordern. Dieser Plan besteht weiter fort, auch nachdem die Partei ihre Bedingungen aufgestellt hat, die vom sozialdemokratischen Standpunkte unerlässlich sind. Auffällig ist, daß sich auch die nationalliberale Presse mit dem Gedanken des Eintritts von Sozialdemokraten in die Regierung befreundet hat, obwohl die „Nationallib. Korresp.“ parteiamtlich die sozialdemokratischen Bedingungen für ganz unannehmbar erklärt hat.

Wer die sozialdemokratischen Bedingungen für unannehmbar hält, müßte doch eigentlich den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung aufs ärgerste bekämpfen. Daß dies von nationalliberaler Seite nicht geschieht, ist auffällig. Es ist ein Zeichen dafür, wie notwendig man in der gegebenen Situation die Sozialdemokratie zu brauchen glaubt.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses hat nun der Reichskanzler die von Gröber geforderte Erklärung abgegeben. Er hat für den November, für die Zeit des Wiederzusammentritts des Reichstags, eine Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand angekündigt, ohne genau sagen zu können, in welcher Richtung sich diese Abänderung bewegen wird. Man muß schon sehr bescheiden sein, um sich von dieser Erklärung befriedigen zu lassen. Selbst das Höchstmögliche, was sie zu versprechen scheint, bleibt hinter dem Mindestmaß der sozialdemokratischen Kardinalforderungen weit zurück.

Das entscheidende Problem bleibt, Garantien dafür zu schaffen, daß Deutschland in Zukunft nach dem Willen seines eigenen Volkes und nicht nach dem einer Militärkaste regiert werden wird. Dies ist der Punkt, in dem die weitesten Zugeständnisse gemacht werden können, weil sie letzten Endes dem Wohl des deutschen Volkes selber dienen. Die Erkenntnis bricht sich unhaltbar Bahn, daß ein demokratisches Deutschland am stärksten im Widerstand und in der günstigsten Lage bei Friedensverhandlungen sein wird.

Ein demokratisches Deutschland haben wir aber noch nicht, wenn ein paar Sozialdemokraten Minister werden. Die Demokratie darf kein Regenmantel sein, den man bei besserem Wetter wieder ablegt, sie muß mit dem Wesen des deutschen Volkes und seiner Verfassung verwachsen.

Was will, was kann Hertling dazu tun?

Feindliche Angriffe zwischen Omignon-Bach und Somme — Vorübergehend genommene Gräben im Gegenstoß zurückerobert.

Berlin, 26. September 1918, abends. Amtlich.
 In der Champagne und zwischen den Argonnen und der Maas haben auf breiter Front französisch-amerikanische Angriffe nach eifriger Vorbereitung begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt. Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. September 1918. (WIZ)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Vorfeldkämpfe in der Lys-Niederung, nördlich vom La Bassée-Kanal und bei Rouvrez.

Deeresgruppe Bock.
 Festigen Feuer des Feindes südlich von Epéhy und bei Belcourt folgten nur Teilvorstöße, die abgewiesen wurden. Zwischen dem Omignon-Bach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefaßten Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwergewicht der am Vormittag mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhe zwischen Voutruet und Gricourt. Vorübergehend sah der Feind auf ihr Fuß; im Gegenstoß nahmen wir sie wieder. Am Nachmittag setzte der Feind zwischen Francilly und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf kleine Eindringstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Deeresgruppe Deutsche Kronprinz.
 Bei kritischer Angriffunternehmung nördlich von Allamant (zwischen Allente und Aisne) machten wir Gefangene. Nördlich von Bailly schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Deeresgruppe Herzog Albrecht.
 Ostlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen. Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenstoß 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt am Main und Weiskirchen angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. September. Amtlich wird verkündet:
 Keine größeren Kampfhandlungen zu melden.
 Der Chef des Generalstabes.

Ein Waffenstillstandsangebot Malinoffs.

Berlin, 27. September. Es liegen Nachrichten vor, wonach von dem bulgarischen Ministerpräsidenten Malinoff an den Führer der gegen Bulgarien operierenden Entente-truppen das Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet worden sei. Wie gemeldet wird, ist Herr Malinoff mit diesem Angebot auf eigene Hand, ohne Zustimmung des Königs, des Parlaments und der bulgarischen Obersten Heeresleitung vorgegangen. In den hunderttausend Kreisen Bulgariens hat dieses Vorgehen Malinoffs große Erregung hervorgerufen. Militärische Maßnahmen zur kräftigen Unterstützung der bulgarischen Front sind im Gange. Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinoff macht sich, nach den letzten Nachrichten aus Sofia zu urteilen, bereits geltend.

Das Herrenhaus für das Herrenhaus.

Anlehnung an das „Historisch Gewordene“.
 Ueber die Donnerstagssitzung des Verfassungsausschusses des Herrenhauses wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:
 In der Sitzung der Herrenhauskommission für die Wahlrechtsvorlagen vom Donnerstag, den 26. September, lag ein von der Unterkommission ausgearbeiteter neuer Entwurf für die Zusammenfassung des Herrenhauses vor, der der weiteren Beratung zugrunde gelegt wurde. In diesem Entwurf ist grundsätzlich der Gedanke der Berufs- und Interessenvertretung abgelehnt, der in der Regierungsvorlage und noch mehr in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung zum Ausdruck kam, dagegen unter Anlehnung an das geschichtlich Gewordene ein weiterer Ausbau des Herrenhauses im Sinne der königlichen Volksliste durch die Neuaufnahme bisher führender, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichneten Männer vorgezogen, wobei insbesondere Handel und Industrie ein erheblicher Anteil gewährt wird. Der Minister des Innern erklärte, daß nach der Meinung der Staatsregierung der Regierungsentwurf der Fassung, die der neue

Entwurf in dem Unterausschuß gefunden habe, vorzuziehen sei, insbesondere müßte es Bedenken begegnen, daß nach der Kommissionsfassung das künftige Herrenhaus eine zu hohe Mitgliederzahl haben würde, da die bisherigen Berechtigungen in einem über den Regierungsentwurf hinausgehenden Maße aufrecht erhalten worden seien; immerhin könne aber auch die von dem Unterausschuß beschlossene Fassung als eine brauchbare Grundlage angesehen werden. Aus der Kommission wurde dem gegenüber darauf hingewiesen, daß nach dem Entwurf der Unterkommission der Bestand des Herrenhauses demnach nicht wesentlich die in der Regierungsvorlage vorgeseheneiffer übersteigen würde. Sodann trat die Kommission in die Einzelberatung des Entwurfs ein. Soweit bisher Abstimmungen erfolgt sind, ergibt sich danach folgendes Bild: Es gehören dem Hause auch fernerhin an: 1. die bisherigen in ihm befindlichen erblichen Berechtigten; doch soll unter gewissen Voraussetzungen ein Erlöschen dieser Berechtigungen stattfinden; 2. auf Grund ihres Amtes die ersten Bürgermeister der Städte, die bisher das Recht der Präsentation hatten, sowie acht weitere Städte, denen dieses Recht durch königliche Verordnung verliehen werden kann, ferner der zweite Bürgermeister der Stadt Berlin. Es treten kraft ihres Amtes ein die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern. Ferner sollen fünf Mitglieder der evangelischen Kirche und drei römisch-katholische Bischöfe berufen werden. Ein Präsentationsrecht sollen in Zukunft haben im bisherigen Umfange die Verbände der durch ausgedehnten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter.
 Die Beschlussfassung über die weiteren Kategorien wird voraussichtlich in der morgigen Sitzung erfolgen, in der beab-

sichtigt wird, die Beratung über die Herrenhausvorlage zu Ende zu bringen.

Pastor Wanders in Jbsens „Gespensler“ seufzt: „Und das am Sonntag! Wir rufen mit Born und Entrüstung aus: Und das im gegenwärtigen Augenblick! Die Existenz Deutschlands und des deutschen Volkes steht auf dem Spiel, nur die sofortige wirkliche Demokratisierung unseres Verfassungswezens kann uns helfen!“

Schwere Kämpfe in aller Welt.

Von Richard Gädle.

Lord George hat kürzlich seinen englischen Kritikern Dank für ihre Angriffe gegen ihn ausgesprochen. Sie hätten ihn im Frühjahr schwer beschuldigt, daß er nicht die genügende Zahl von Verstärkungen vorbereitet habe, um dem englischen Heere gegenüber den deutschen Angriffen die nötige Kraft des Widerstandes zu verleihen. Dieser Tadel habe die Deutschen getäuscht; denn in Wirklichkeit hätten in England zahlreiche Reserven bereitgestanden, die nun in ununterbrochener Folge auf das Feldland getrieben seien und das Zahlenübergewicht des Bieverbandes hergestellt hätten. Ob die Annahme zutrifft, daß wir in Deutschland getäuscht worden sind, mag unerörtert bleiben. Aber wir haben hier ein Musterbeispiel dafür, wie in England Presse, Opposition, Regierung Hand in Hand arbeiten. Es kann doch keine Vorteile haben, wenn den Zeitungen auch in militärischen Dingen die Freiheit nicht allzusehr beschnitten wird — und sie haben sich in England, wie u. a. Reibington und General Maurice bewiesen, eine große Unabhängigkeit des Urteils bewahrt. Nicht jede Kritik, nicht jeder Tadel der Heeresverwaltung und Heeresleitung wirkt schädlich für die Interessen des Vaterlandes und der Kriegführung, und sie können sogar zur Täuschung des Gegners dienen.

Daß England, nach seiner Bevölkerungszahl und unübereinstimmenden Entschlossenheit, von der es erfüllt ist, imstande sein würde, die Verluste seiner Festlandshoers zu ersetzen und diese sogar noch zu vermehren, dürfte ohne weiteres angenommen werden. Die Großartigkeit seiner Anstrengungen geht auch daraus hervor, daß es gleichzeitig für Palästina, Persien und für die Kurmanüste die Mittel einer kraftvollen Kriegführung bereitzustellen wußte. Ohne aber die eigenen Anstrengungen Großbritanniens gering zu schätzen, muß doch gesagt werden, daß im Westen kaum die Engländer, sondern die Amerikaner die wesentliche Ursache sind für den Umschwung der Lage. Und neben den Amerikanern auch die rücksichtslose Heranziehung der farbigen Franzosen. Was die letzteren anbetrifft, so wird man übrigens nicht so stark darauf rechnen dürfen, daß sie mit dem Eintritt kälterer Jahreszeit wieder verschwinden werden. Algerien und Tunesien lassen sich bei geeigneter Kleidung lange genug verwenden; ob aber die Schwärzen massenhaft erkranken und sterben, wird der Menschenfreundlichkeit der Franzosen für die sie nur Kanonensfutter sind, sehr gleichgültig sein, solange sie noch an weitreichenden Angriffsplänen festhalten.

Jedenfalls sucht der Gegner gegenwärtig das Eisen zu schmieden, solange es noch warm ist, und hat in der vergangenen Woche an den verschiedensten Stellen um eine Entscheidung gerungen.

In erster Linie um die Fortsetzung seiner großen Offensiven! Obwohl deren bisherige Erfolge von erheblichem Werte für die Stimmung der feindlichen Völker waren, konnten sie militärisch nicht genügen. Das deutsche Heer war, nicht ohne Fiebern zu lassen, aber doch ungeschlagen und ungebrochen sehr langsam unter unaufhörlichen Kämpfen und zahlreichen Gegenangriffen zurückgegangen in eine Stellung, deren Stärke die Gegenseite schon im vergangenen Jahre erprobt hatte. Richtete es sich in dieser wesentlich gedrängteren Stellung ein, für die seine Zahl mehr als ausreichend war, so war die Lage von neuem im Gleichgewicht; es war nicht abzusehen, ob und wie es dem Feldherrn des Bieverbandes gelingen würde, dann noch eine solche Entscheidung herbeizuführen, wie sie den weitreichenden Kriegszielen des Verbandes entsprechen würde.

So suchten sowohl Franzosen wie Engländer, die vielleicht die feiste Kraft des deutschen Heeres in diesem Augenblicke unterschätzten, in unmittelbaren Nachfolgen einen sofortigen Durchbruch der deutschen Stellung herbeizuführen. Die Engländer haben zu dem Zwecke mit großer Tapferkeit die Schwächen überwinden, die die durch vierjährige Kämpfe verunstetete Zone vor der deutschen Siegfriedstellung ihrem Vordringen entgegensetzte. Ihre Angriffe richteten sie gegen deren Mitte, während die Franzosen wiederholt den südlichen Teil bestürmten. Der rechte deutsche Flügel war infolge weitreichender Ueberdeckungen wenig zugänglich und besonders der Sturmtruppen des Feindes ziemlich entzogen, in denen sich dieser

eine nicht unansehnliche aber doch wirksame Unterstützung seiner Angriffe geschaffen hat. Die letzten Wochen sind mit den schwersten und blutigsten Kämpfen erfüllt gewesen, ein Großangriff folgte dem andern. Die Franzosen stürmten am 16. und 17. September im Winkel zwischen Duse und Wisne in schillernden Kämpfen gegen unsere Stellungen an, um die Ede bei Duffang, Baupailon und dem Binonvalde einzubringen und von hier aus unsere Linie an der Wisne und Besle in Plante und Müden aufzurollen. Die Engländer brachen am 18. September gegen den Raum zwischen Cambrai und St. Quentin vor und wiederholten den Angriff am 21., nachdem ihnen der erste Tag nur östlich Eröby geringen Raumgewinn gebracht hatte. Aber der zweite verlief noch unglücklicher für sie und war mit einem schweren Mißerfolge gleichbedeutend.

Inzwischen haben auch die Amerikaner ihre eigenen Schichten zwischen Maas und Mosel gefunden, wo ihre erste Armee unter General Pershing geschlossen steht. Seitdem der Ueberraschungslag des 12. September gegen den vorbringenden deutschen Keil von St. Mihiel ihnen die erhofften Ergebnisse nicht gebracht hat, weil die Deutschen sich der Einkreisung noch rechtzeitig entzogen, sind sie diesen dort nur vorsichtig gefolgt und haben sich unter leichten Beschießen an deren neuen Stellungen herangekühlt. Doch glaubt man nicht, daß hier nun wieder Ruhe eingeleitet sei, sondern ist auf neue, große Unternehmungen der Feinde mit weitreichenden Zielen gefaßt.

Die vergeblichen Anstrengungen der Feinde im Westen haben die Lage der deutschen Heere während der letzten Woche unzweifelhaft verheißert. Wir dürfen annehmen, daß von geringen Schwankungen abgesehen, wir nunmehr dort stehen, wo wir den Kampf auch weiterhin durchkämpfen wollen und werden. Ob der Gegner nach der erforderlichen Ruhepause an den bisherigen Fronten die früheren Angriffe wiederholen, ob er sie vorbereiten, ob er ganz neue Stoßpunkte suchen wird, wissen wir nicht. Viel wird ja von dem Zustande seiner eigenen Truppen, die sehr blutige Verluste erlitten haben müssen, abhängen und von der Zahl und Güte unterlegener Divisionen, die er noch in die Blut des Kampfes werfen kann. Wohl aber haben wir das Recht anzunehmen, daß wir in unseren Stellungen zwischen Meer und Schweizer Grenze jedem Durchbruchversuche der vereinten Feinde gewachsen sind. Ein bloßes Einbeulen unserer Linien aber würde — so wie bisher noch immer — keine dem Gegner günstige Entscheidung herbeiführen vermögen.

Inzwischen hat dieser die große Zahl seiner Streitkräfte zu starken Schlägen auf zwei anderen Kriegsschauplätzen ausgenutzt, auf denen lange Monate hindurch fast völlige Ruhe herrschte.

In Mazedonien ist es der Regierung Beneßelos endlich geglückt, aus dem griechischen Heere wieder ein kriegstüchtiges Werkzeug zu schaffen; die serbischen Truppen scheinen organisiert zu sein, während Franzosen, Engländer und Italiener Verstärkungen erhielten. So fühlte sich der neue Befehlshaber zu einem tatkräftigen Unternehmen stark genug und hat dies am 14. September mit Anfangserfolgen begonnen. Nachdem der frühere Versuch der Italiener in Albanien mißglückt war, wählte er als Hauptangriffspunkt die Mitte der bulgarischen Stellung, den gebirgigen Raum zwischen Gerna und Wardar, während Engländer und Griechen einen Nebenangriff weiter östlich um Gengelli und Deriaz ausführten. Der letztere mißglückte, Franzosen aber und Serben brachen am 18. September in die Verteidigungsstellungen ein, nützten diesen Erfolg aus und zwangen die Bulgaren, denen deutsche Truppen zu Hilfe eilten, zum Rückzug in neue Stellungen südlich Prilep. Infolgedessen mußten diese auch ihren siegreichen linken Flügel östlich der Wardar in nördliche Richtung zurücknehmen. Die Kämpfe sind auf diesem Kriegsschauplatz offenbar noch nicht zu Ende.

Wenige Tage später, am 18. September, setzten die Engländer auch in Palästina, durch Franzosen verstärkt, zu einer neuen Offensive an. Vor Versuch am 8. und 9. Juni längs der Küste war unter schweren Verlusten gescheitert, jetzt hatten sie eine große Ueberlegenheit angesammelt und gingen sowohl in der Mitte, längs der Straße Jerusalem-Nablus, wie an der Küste vor, hier unter Unterstützung der Schiffgeschütze ihrer Flotte. Gleichzeitig beschäftigten sie die Türken östlich des Jordan und führten Scharen ihrer arabischen Bundesgenossen gegen die Bahn Damaskus-Medina und gegen die Verbindungen des türkischen Ostflügels. Der zusammengefaßte Angriff glückte nur an der Küste, hatte aber hier solche Wirkungen, daß unsere Bundesgenossen auch in der Mitte weichen mußten, und wie es scheint, auch im Osten gegen den See Tiberias zurückgefallen sind. In Arabien schlug der aufständische Scheich, der englische „König der Wüste“, ziemlich weit nach Norden Boden gewonnen zu haben.

Unlücklicherweise haben sich die Kriegsergebnisse in jenem schwierigen Gebiet immer nur rückwärts, mit großen Zwischenräumen, vorwärts bewegt. So darf man annehmen, daß auch diesmal die Lage nach einiger Zeit in den Beharrungszustand zurückkehren wird.

Überall aber sehen wir unsere Gegner in fieberhafter Anstrengung ihrer Kräfte. Es ist wahrscheinlich, daß wir vor Wintereinbruch noch weitere schwere Kämpfe zu erwarten haben.

Die Demokratisierung — ein Schlag gegen die feindlichen Kriegsheker!

Bern, 26. September. (Eigener Drahtbericht des „Borobärts“.) Die Angriffe eines deutschen Reform im Innern begegnen einer feindseligen Kritik durch die französische Kapitalistenpresse. Der „Temps“ stellt diesen Reformen geschickt die finnländische Politik Deutschlands gegenüber, indem er schreibt: In Berlin sieht man die deutschen Parlamentarier schwächen, in Helmsingens mit preussischen Militärs handeln. Es ist typisch deutsche Methode, daß sich Zivil und Militär in die Arbeit teilen. Die Militärregierung proklamiert die Nichtinterferenz, das Militär läßt die Annonen sprechen. Nachher proklamiert die Zivilregierung das Gewaltverbrechen als geheiligtes Recht. So mißbilligen die preussischen Liberalen die Annexion Schleswigs, die Sozialisten die Ulfah-Verdrängung. Was wir sich geändert haben, wenn Scheidemann Hertzling morgen erschiene?

Obwohl die der „Temps“ „Reform“ „Debats“, der von einer „parlamentarischen Komödie“ spricht, Scheidemann und Ober sollen Ministerposten erhalten, damit Ludendorff hinter ihrem Schild neue Offensiven vorbereite. Die Sozialistenführer würden nicht zaudern, auf das Volk sich zu lassen, und weil sie sich auf diese Weise diskreditieren würden, hätte der Generalstab doppelten Gewinn. Manche Fran-

zosen würden nachdenklich beim Gedanken eines deutschen Ministeriums, das Sozialisten in sich einbegreift. Mögen sie ruhig sein. Es ist gut, daß das Experiment stattfindet und die ganze Welt die Wirklichkeit der Anhängen Scheidemanns und Wehmanns nachfolgt konstatiert. Es wird sogar ausgemacht sein, daß die deutschen Arbeiter mit eigenen Augen sehen, daß sich ihre Vertreter wie gewöhnliche Imperialisten gebärden. Damit das deutsche Volk einen gerechten und dauernden Frieden erhält, muß es erst die Leute abschütteln, die es betrogen haben und ausnützen.

Wenn der in der Kriegsstage gemäßigtere „Debats“ derart beinahe im Ton der Zimmerwalder schreibt, so offenbar deshalb, weil er die Rückwirkung fürchtet, die eine deutsche Entwicklung der Demokratie auf das Selbstbewußtsein und die Aktionslust des französischen Proletariats ausüben würde. Man merkt diesen Worten an, daß die Demokratisierung Deutschlands durchaus nicht, wie die deutschen Konservativen behaupten, ein wirkliches Ziel unserer Feinde ist, sondern ihnen sehr unangenehm kommt, weil sie ihnen ein wichtiges Agitationsmittel aus der Hand schlägt. Daß die deutschen Sozialisten, zur Regierung gelangt, auf die Arbeiter schießen lassen würden, ist eine böswillige und lächerliche Unterstellung. Die deutsche Sozialdemokratie besteht nicht aus Bränden!

Lenin gegen den Terror.

Die Zeitung „Mir“ meldet, wie das Wiener I. L. Telegraphen-Bureau zu berichten weiß, die Zurückziehung des Dekrets über den Rassenterror. Im Zentralkomitee sei die Frage des Terrors erörtert worden, wobei Lenin den dringenden Wunsch ausdrückte, wieder zu den guten Methoden der Revolution zurückzukehren. Die Mehrheit habe sich ihm angeschlossen.

Wenn die Volkswisten vom summarischen Rassenterror abkommen, so wird die Welt darin nur einen Beweis ihrer Stärke sehen. Sie werden beitragen, ihren internationalen Kredit zu erhöhen, wenn ihr Weg zur Befreiung aus den Banden des Kapitalismus und zur Erlösung durch den Sozialismus nicht mit dem Blute von Unzähligen besprengt ist, die im summarischen Verfahren hingerichtet wurden, ohne daß wohl immer genügende rechtliche Bürgschaften gewährt wurden.

Dieser Wunsch darf auch dann ausgesprochen werden, wenn die Greuelberichte aus Rußland arg übertrieben sind. Immerhin gibt es sehr zu denken, daß die nichtbolshewistischen russischen Sozialisten die Entsendung einer internationalen sozialistischen Untersuchungskommission verlangt haben.

Litwinoff auf der Rückreise.

Amsterdam, 25. September. (Reuter.) Litwinoff ist heute nacht nach Rußland abgereist, begleitet von 54 Landknechten. Frau Litwinoff und zwei Kinder bleiben in London.

Neuorientierung in Südamerika.

London, 26. September. Die „Times“ erzählt aus Buenos Aires vom 24. September: Die Anwesenheit der amerikanischen Mission läßt vermuten, daß man die Gelegenheit benutzte, um eine Annäherung zwischen den beiden neutralen Staaten, die gleich isoliert sind, zu besprechen. Gut unterrichtete Kreise weisen auf die Möglichkeit hin, daß eine Bewegung zustande kommen wird, um die sogenannte APB-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Chile) durch eine APB-Gruppe zu ersetzen.

England und die deutschen Kolonien.

Die Furcht vor den U-Booten.

Reuter meldet: Die Erhebungen, die an maßgebenden Stellen vorgenommen wurden, zeigen, daß diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden, nicht im geringsten daran zweifeln, daß Deutschland, wenn es seine Kolonien zurückbekäme, sie als Unterseebootsstationen verwenden würde, die eine Bedrohung für den Handel aller Nationen darstellen würden. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß der Deutsche Kaiser beim Ausbruch des Krieges als Preis der englischen Neutralität gewisse besondere Verpfändungen wegen der Häfen der nördlichen französischen Küste machte. Aber er sagte nicht, was den französischen Kolonien passieren würde. Jetzt scheint es klar, daß eines seiner Ziele war, sich in ihren Besitz zu setzen. Jetzt behaupten die Deutschen, daß sie die Wiederherstellung der Kolonien nur wollen, um Rohstoffe zu bekommen. Diese Behauptung wird als offensichtlicher Täuschungsversuch angesehen, denn der Wert der Ausfuhr aus ihren gesamten überseeischen Besitzungen betrug vor dem Kriege nur fünf Millionen Pfund. Die Eroberung einiger Kolonien, z. B. Ostafrika und Südwestafrika, war eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Wenn Deutschland sie zurückbekäme, könnte es sie zu Lande und zur See so befestigen, daß sie nahezu uneinnehmbar wären. Man muß in diesem Zusammenhang an die außerordentliche Verdüsterung der U-Boote denken. Die Untersee-Boote vom veränderten Deutschlandtyp haben einen Aktionsradius von ungefähr 30 000 Kilometer und der neueste Kreuzertyp sogar von 50 000 Kilometer. Ein Aktionsradius von 15 000 Kilometer aber würde genügen, um ernstlich auf alle Handelswege der Welt störend einzutreten.

Das Wollfische Bureau fügt folgende Anmerkung an: Die Propaganda mit der Befreiung der Regter vom deutschen Joch scheint in England und dem Rest der Welt keine besonderen Erfolge gehabt zu haben. Nun muß dem englischen Publikum und allen anderen gläubigen Lesern der Reuterdepeschen mit den deutschen Unterseebooten Angst gemacht werden, um sie zu überzeugen, daß die deutschen Kolonien nicht an Deutschland zurückfallen dürfen. Englische Unterseeboote gibt es bekanntlich nicht, und vom Plottensitzpunkt in englischen Kolonien hat die Welt ja auch noch nie gehört! Demnach werden wir erfahren, daß England die Küsten an allen Meeren der Erde gehören müssen, damit nur nicht ein Staat etwa Englands Handel mittels Unterseebooten bedrohen könne. Denn soweit neue Informationen reichen, werden Unterseeboote in fast allen Staaten, die eine Kriegsflotte besitzen, gebaut, außer natürlich in England, dessen Flotte noch niemals jemanden bedroht hat.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 26. September. Generalstabbericht vom 24. September. Mazedonische Front. Westlich vom Cörda-See war das beiderseitige Artilleriefeuer zeitweise ziemlich heftig. In der Gegend von Diklja griffen feindliche Einheiten mehrmals unsere Stellungen an, sie wurden aber blutig abgewiesen, zum Teil

nach Handgemenge. Mehrere unverwundete französische Gefangene blieben in unserer Hand. Nördlich von der Tscherna zogen sich unsere Einheiten ungekört vom Feinde planmäßig auf die Dobuna-Berge zurück. Bei Krivolak griff der Gegner mit starken Kräften an. Der Kampf ist noch im Gange.

(Krivolak liegt nördlich im Bardartal, etwa 100 Kilometer von Konastir, dem Witolia des bulgarischen Heeresberichtes, entfernt.)

Die feindlichen Heeresberichte.

Englischer Bericht vom 25. September. (Verpätet.) Palästinafront: Westlich vom Jordan nähern sich unsere Truppen Amman in Verfolgung des Feindes, welcher sich in dieser Richtung zurückzieht. Nördlich von dieser Station wurden durch arabische Streitkräfte bedeutende Zerstörungen an der Eisenbahn ausgeführt. Andere arabische Streitkräfte bedrängen den Feind, der sich nördlich von Baan zurückzieht. Die Gesamtzahl der Gefangenen hat sich auf über vierzigtausend erhöht, nicht weniger als zweihundertfünfundsechzig Geschütze wurden erbeutet.

Französischer Heeresbericht vom 23. September abends. (Verpätet eingetroffen.)

Orientbericht vom 23. September. Die durch die alliierten Armeen in Mazedonien erzielten Erfolge nehmen den Charakter eines großen Sieges an. Der rasche Vormarsch der französischen und serbischen Armeen im Zentrum gegen den mittleren Wardar führte auf der ganzen Front von 150 Kilometern zwischen Konastir und dem Dojransee den überstürzten Rückzug der feindlichen Armeen herbei, welche die alliierten Verbände lebhaft verfolgen. Nördlich von Konastir ist die Linie Rogila-Kanalarisi-Kalayani erreicht, während mehr nördlich serbische Truppen auf Prilep und auf den Babunaberg marschieren, welcher den Wardar von Gradestko bis Demirkapu begleitet. Sie werfen ihre Streitkräfte auf das linke Ufer und bemächtigen sich Gethelhis und der ganzen feindlichen ersten Stellung bis zum Dojransee. Die feindlichen Nachhuten bemühen sich, die Verfolgung zu hemmen. Auf den Straßen in der Gegend von Konastir-Nicebo und Prilep stützen die feindlichen Kolonnen in unbeschreiblicher Unordnung zurück und werden durch alliierte Flieger ohne Unterlaß mit Maschinengewehren beschossen und mit Bomben beworfen. Zahlreiche Dörfer und Baracken stehen in Flammen. Eine unermessliche Menge von Gefangenen, Geschützen und Kriegsmaterial, dessen Zählung noch nicht vorgenommen werden konnte, fiel noch in unsere Hand. Wir erbeuteten besonders auf der Wardarbahn Lokomotiven, drei vollständige Züge und zwei weittragende türkische Geschütze. An manchen Orten lösten sich demoralisierte bulgarische Streitkräfte auf und warfen ihre Waffen fort. Nach den letzten Nachrichten schießt auf der ganzen Front der Angriff fort.

Versehrungen. Im Sperrgebiet um England und im Atlantik verfenkten unsere U-Boote 26 000 Dr. H. T. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Geheimverlaß des Kriegsministers. Gegen Versammlungen zugunsten der Reichstagsresolution.

Der Geheimverlaß des Kriegsministers v. Stein, der in der vorgelagerten Sitzung des Hauptauschusses von allen Rednern scharf verurteilt wurde, war an die Minister des Innern gerichtet und hat folgenden Wortlaut: Der Ober-Militärbefehlshaber. Nr. 4678. 18. g. A. C.

Berlin W 66, den 8. Juli 1918. Die Zentralkommission für Völkerrecht und die Deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandätätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschussmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 einzutreten.

Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerausschüsse gebildet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gestattet werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk? Ebenso ist für die in den Versammlungen einzubringende Entschließung ein gleichlautender Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekretariats an.

Die vorgeschilderte Bewegung ist ein neuerlicher Ausfluß der unermesslichen Propaganda für den internationalen Pazifismus, unter Hinweis auf meinen Erlass vom 7. November 1918 Nr. 8740. 15. g. A. C. erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verbieten. gez. v. Stein.

Wie bekannt geworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Ersuchen nicht stattgegeben.

Der Dichter als Prophet?

„Mensch und Tiere schliefen feste...“ Ein Leser will uns beweisen, daß der deutsche Dichter Lichtner (1719—1789), der im Hauptberuf Konsistorialrat war, eine augenblickliche politische Situation poetisch vorausgesehen habe, als er die Verse niederschrieb:

Hinzu, Rurners Schwiegerbater Schling den Laft erbärmlich schön, Und zwei abgelebte Roter Quälten sich, ihm beizuflehen.

Wir vermögen uns dieser Auffassung nicht anzuschließen. Denn erstens besitzt der Herr Staatssekretär des Auswärtigen unseres Wissens keinen Schwiegerbater namens Rurner, und zweitens verbietet schon die Höflichkeit, in den beiden Nebenfiguren die Herren Abgeordneten Graf Westarp und Stresemann erkennen zu wollen.

Letzte Nachrichten.

Der Schöneberger Gattenmörder verhaftet? Auf dem Belle-Alliance-Platz wurde gestern nacht ein Mann von der Kriminalpolizei festgenommen und gefesselt abgeführt. Nach Ausfragen von Passanten soll es sich um den Gafesegefallen Franz Rayer gehandelt haben, der im Verdacht steht, seine Ehefrau ermordet zu haben. Eine Befragung dieser Nachricht war in später Stunde nicht mehr zu erhalten.

Die Teuerungszulagen. Stadtverordnetenversammlung.

Der Errichtung von Ambulatorien bei den vier großen städtischen Krankenhäusern und beim Kinderkrankenhaus zur Weiterbehandlung bisher stationär behandelter Krankenhausinsassen und der Errichtung von 16 Oberarztstellen zur Leitung der Ambulatorien und zur Entlastung der ärztlichen Direktoren und der dirigierenden Ärzte empfiehlt der eingesehene Ausschuss zuzustimmen. Außerdem soll in geeigneten Fällen den Kranken die Möglichkeit gegeben werden, in Heimstätten, die mit dem Krankenhaus in unmittelbarer Verbindung stehen, ihre Genesung abzuwarten. Ein vom Ausschuss mit Stimmeneinheit abgelehnter Antrag, wonach in den Ambulatorien auch solche Kranke behandelt werden können, die von den Ärzten in der Stadt überwiesen werden, wird vom Stadtv. Dr. Wehl (U. Soz.) wieder aufgenommen. — Stadtv. Koblenger (Soz.) plädiert gegen den Stadtv. Professor Landa u. (Fr. Fr.), der die Vorlage an den Ausschuss zurückweisen will, für Annahme derselben sowie der Resolution betr. die Heimstätten; als Uebergangsmassnahme für die Zeit der Demobilisierung sei eine solche rechtzeitig getroffene Maßnahme bei dem dann zu erwartenden riesigen Ansturm auf die Krankenhäuser ganz unerlässlich. Mit der Einrichtung werde auch dem argen Verlegemangel, unter dem Berlin jetzt zu leiden habe, in etwas abgeholfen werden. Den Antrag Wehl empfiehlt Redner ebenfalls zur Annahme. — Stadtm. Dr. Wehl (U. Soz.) erklärt, dass in der Heimstättenfrage bereits weitere Schritte seitens des Magistrats geschritten sind. — Stadtv. Brandenburg (Linke) bekämpft den Antrag Wehl als einen Schritt in den sozialdemokratischen Zukunftskurs; man würde damit die Krankenhäuser nicht entlasten, sondern neu belasten. Schließlich erklärt auch noch der Oberbürgermeister um Ablehnung des Antrags Wehl, dessen Annahme die Vorlage ernstlich gefährden würde. In namentlicher Abstimmung fällt der Antrag Wehl mit 65 gegen 41 Stimmen; die Ausschussvorschläge gelangen zur Annahme.

Darauf begründet Stadtv. Zubeil den am 5. September eingebrachten Antrag der U. Soz., den Magistrat zu ersuchen, beim Steuerinkasso das Höchstmaß aufrecht zu erhalten; es müsse in dieser schweren Kriegszeit alles vermieden werden, was der so viel geplagten Bevölkerung neue Lasten auferbringe. — Stadtv. Hamburger verweist auf die Kriegserfahrungen und auf die Not an Steuererhebern. Die Frage sei für den Magistrat noch nicht spruchreif. Jedenfalls werde mit aller Vorsicht vorgegangen werden. — Stadtv. Bruns (Soz.): Es handelt sich hier um eine Frage der Praxis. Der Versuch, den der Magistrat mit zwei Steuerlassen gemacht hat, ist genötigt nicht im geeigneten Zeitpunkt unternommen worden, andererseits befand sich der Magistrat in einer gewissen Zwangslage. Für das Bringstbrot ist früher der Kollege Finger vorm eingetreten. Man sollte das Ergebnis des Versuchs abwarten; dann aber muß nun jedenfalls eine Vorlage gemacht werden. Inzwischen sollte durch Zulassung der Sparkasse und durch Offenhaltung der Steuerlisten in gewissen Abendstunden Erleichterung geschafft werden. Auf Anregung des Stadtv. Cassel (Linke) erklärt Bürgermeister Dr. Reide, daß erst eine begünstigte Vorlage an die Versammlung gelangen werde; darauf giebt Stadtv. Zubeil den Antrag zurück.

Dem Bedauern über den Mangel an Vereinigkeit zum Abbau der Vorkosten in den Vororten geben die Stadtv. Leid (U. Soz.) und Bruns (Soz.) lebhaften Ausdruck; Stadtv. Cassel beschließen.

Nach dem Vorgehen des Stadtes hat auch der Magistrat angelehnt die anhaltende Teuerung eine einmalige Teuerungszulage

Teuerungszulage an die städtischen Bediensteten zu gewähren beschließen. Zurzeit beziehen laufende Teuerungszulagen die Beamten und Lehrer in Klasse IV, III, II, I (Einkommen bis 8000, 5000, 7000, über 7000 bis 14 880 M.) 900, 1050, 1200, 1300 M., hinzutreten soll eine Zulage von 600, 700, 800, 900 M., außerdem 100 M. Zuschlag für jedes Kind. Ledige sollen 70 Proz. dieser Höhe erhalten, verheiratete Kreissteuereinknehmer 50 Proz. der Grundbezüge und die vollen Kinderzuschläge. Auch die Hilfskräfte und die städtischen Arbeiter, die mindestens ein Jahr in der Verwaltung tätig sind, sollen diesmal bedacht werden; dergleichen sollen die im Ruhestand befindlichen Beamten und Arbeiter zu ihren laufenden Kriegsbeträgen eine einmalige erhalten. Die Kosten schlägt der Magistrat auf 19,3 Millionen Mark, die Gewährung soll am 1. Oktober 1918 erfolgen. — Ein Antrag Barfelo 51! (Soz.) fordert die Teuerungszulage der Klasse IV auch für die Hilfskräfte und Arbeiter, die mindestens ein Jahr bei der Stadt beschäftigt sind; ferner sollen 4, 4, 4, 4 dieses Satzes gewährt werden, wenn die Betreffenden mindestens 6, 3, 1 Monat im städtischen Dienst tätig sind. Auch für die Ledigen sind weitere Verbesserungen beantragt (bergl. Donnerstagnummer), dergleichen für das in Kost und Logis siedende Krankenwärtlerpersonal. Endlich soll auch das Personal der städtischen A.E.M. der Postlage teilhaftig werden. — Stadtv. Bräuner (Soz.): Auch diesmal hat erst der Staat vorangehen müssen, bis der Magistrat den unter den Beamten und Angestellten eingerissenen Konstant anerkennt. Die Teuerungszulage sollte nicht nach dem Gehalt umgekehrt, sondern einheitslich gestaltet werden. Es wird aber in der Vorlage mit zweierlei Maß gemessen, auch den Arbeitern gegenüber. Zu Reueanstellungen reiche auch der erhöhte Arbeitslohn nicht aus. Unberechtigt seien auch die zu Ungunsten der Kriegsteilnehmer gemachten Differenzierungen. — Redner empfiehlt sodann die vorstehend erwähnten Verbesserungsanträge. — Stadtv. Cassel erklärt Ausschussberatung für selbstverständlich und wünscht auch die Magistratsmitglieder in die Vorlage einbezogen zu sehen. — Stadtv. Dinspe (U. Soz.) fordert einheitliche Zulagen von je 900 M. für die Beamten, von je 600 M. für die Arbeiter und Hilfsarbeiter. — Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) bringt auf tunlichst schnelle Erledigung der Vorlage und beantragt Ernennung des Ausschusses durch den Vorstand. Es wird so beschlossen.

Groß-Berlin

Die Strafmark der Straßenbahn.

Zu einer scharfen Beurteilung des von der Großen Berliner belebten Straßensystems gegenüber dem Publikum kommt Kammergerichtsrat Hagen in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Das Aburde der Verordnung führt er durch die Tatsache vor Augen, daß ihre „Vollstreckung“ in der Praxis zur Unmöglichkeit gemacht werden kann. Was soll werden, so meint er, wenn sich ein Fahrgast weigert, die Strafmark zu zahlen, oder wenn er keine Mark bei sich hat. Körperliche Gewalt sei ausgeschlossen, auch ein Pfändungsrecht gibt es nicht und Aussicht von der weiteren Fahrt könne zum mindesten zweifelhaft sein. Sollte aber jeder Fall die Gerichte beschäftigen, so würde das eine Belästigung der Gerichte und des Publikums bedeuten, der in heutiger Zeit schon im öffentlichen Interesse nicht scharf genug entgegengetreten werden könnte. Schließlich weist Hagen auch auf die Unmöglichkeit für die Schaffnerinnen hin, bei den überfüllten Wagen genau festzustellen, wer seinen Willen, eine Karte zu lösen, bereits kundgetan habe und wer nicht. Bekäme man, so schließt Hagen seine Ausführungen, der Straßenbahn die dauernde Ueberfüllung und die beträchtliche Zahl der Fahrgelderhöhung, so hat auch die Straßenbahn in erster Reihe selbst die Pflicht, die nötigen Vorkehrungen gegen die befürchteten

Flugblattverbreitung in Berlin I.

Zur Reichstags- und Landtagswahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis findet Sonntag, den 29. September, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung statt, zu welcher um rege Beteiligung der Parteigenossen und -genossinnen er sucht wird.

- Die Genossen treffen sich an folgenden Stellen: I. Wahlkreis, Teltow-Beeskow und Niederbarnim bei Glau, Kommandantenstr. 88; II. Wahlkreis bei Schirm, Charlottenstr. 6/7; III. Wahlkreis bei Schulz, Parschialstr. 36; IV. Wahlkreis bei Schmidt, Am Zirkus 10; V. Wahlkreis im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 12; VI. Wahlkreis im Restaurant Müller, Brändenklee 14.

Das Zentralwahlbureau befindet sich Lindenstr. 3, im Bezirkssekretariat Groß-Berlin. Adresse: Th. Fischer, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, Telephon: Amt Moritzplatz 364.

Jahrgeldhinterziehungen zu treffen. Diese Aufgabe auf dem jetzt gewählten Wege der Strafmark lösen zu wollen, hieße die Möglichkeiten des neuen Fabrikarntens und die Unzulänglichkeiten des Jahrgelds auf das Publikum abwälzen!

Sonderofenarten.

Die Kohlendeputation des Magistrats Berlin gibt bekannt: Die Sonderofenarten für die gesamte Heizzeit 1918/19 werden demnächst zur Ausgabe gelangen. Es empfiehlt sich, daß auch diejenigen, die schon im Winter 1917/18 Sonderofenarten erhalten haben, einen neuen Antrag bei der Kohlendeputation stellen. Formulare hierzu sind in der Auskunftsstelle der Kohlendeputation in der Spandauer Str. 10 jederzeit von 8 bis 3 Uhr zu erhalten, können auch gleich an Ort und Stelle ausgefüllt werden.

Die Stellung neuer Anträge erübrigt sich für alle diejenigen, welche bereits von der Kohlendeputation den besonderen schriftlichen Bescheid erhalten haben, daß ihnen im Oktober Sonderofenarten in einer bestimmten Höhe zugeteilt würden, anßerdem für alle diejenigen Firmen und Hotels, welche zwecks Feststellung der zuzubilligenden Sonderofenartenmengen bereits eine besondere Revision durch einen Beamten der Kohlendeputation an Ort und Stelle stattgefunden hat.

Berliner Lebensmittel.

An Kinder im Alter bis zu zwei Jahren und an Personen im Alter von über 70 Jahren werden in der Zeit vom 30. September bis 20. Oktober einmalig 1 1/2 Pfund Zwieback ausgegeben werden. Der Verkauf erfolgt ohne Protokollen gegen Bezugnahme. Der Zwieback wird in Originalpackchen von 124 und 62 Gramm Gewicht verkauft, so daß jeder Bezugsberechtigte sechs große oder zwölf kleine Packchen erhält. Der Preis für das große Packchen beträgt 40 Pf., für das kleine Packchen 20 Pf. Innerhalb der Gesamtportion muß an Stelle von zwei großen oder vier kleinen Packchen jeder Empfangsberechtigte (soweit der Vorrat reicht) neben der Restportion ganzen Zwiebacks auch eine Züte Zwiebackbruch im Gewicht von 250 Gramm abnehmen; die Züte Zwiebackbruch kostet 65 Pf. Der Preis für die Gesamtmenge ermäßigt sich mithin in den Fällen, in denen auch Zwiebackbruch verabfolgt wird, auf 2,25 M. Für die Empfangsberechtigten, nämlich alle nach dem 30. September 1918 geborenen Kinder und alle vor dem 1. Oktober 1848 geborenen Personen, können die Bezugsscheine auf der zuständigen Brotkommission in der Woche vom 23. bis 28. September 1918 in Empfang genommen werden. Eine Vorausmeldung für den Zwiebackverkauf ist nicht erforderlich; der Bezugsschein ist einschließlich des Anmeldebahnscheins bei der Empfangnahme des Zwiebacks abzugeben. Der Zwieback ist bei den Krankheitsbroschäden erhältlich. Die Abgebung muß spätestens bis zum 30. Oktober erfolgt sein.

Der Kaffee-Ersatz auf Abschnitt 14 der Kaffee-Ersatzkarte wird in Berlin und Vororten am 15. Oktober in den Kleinhandels-geschäften erhältlich sein.

Die Fürsorgestelle für Alkoholranke für die Bezirke Norden, Südwesten, Westen, Nordwesten und Zentrum befindet sich jetzt in den Räumen der Igl. Charité, Luisenstr. 18a, 1 R. Sprechstunden Montags nachmittags 4—5 Uhr.

Einen unmöglichen Wattenord oder Toffschlag hat die Schöneberger Kriminalpolizei in dem Hause am Sackendamm 33 entdeckt. Hier wohnte seit drei Wochen der 32 Jahre alte Wäcker Franz Meyer mit seiner gleichaltrigen Ehefrau im vierten Stod. Das Paar war erst ebenso lange verheiratet, die Ehe von Anfang an getrübt. Das hing wohl mit dem Gesundheitszustand des Mannes zusammen. Meyer, ein mehrfach vorbestrafter Mann, der zuletzt in den Eisenbahnverdiensten zur Ausbilde arbeitete, war früher schon in der Irrenanstalt Herzberge. Seine Frau hatte es sehr schlecht bei ihm. Die Kammer, denen sie von ihren drei Zimmern zwei abgegeben hatte, um die Wirtschaft aufrecht erhalten zu können, und auch andere Hausgenossen waren wiederholt Kränken, daß er sie schwer mißhandelte. Seit Sonnabend voriger Woche wurde Frau Meyer nicht mehr gesehen. Ihr Mann verbreitete im Hause und unter Verwandten, er sei mit ihr auf eine Hamsterfahrt ausgegangen und habe sie an einem Ort in der Provinz noch zurückgelassen. Das klang nicht unwahrscheinlich und die Leute kümmerten sich nicht weiter darum, zumal sie Meyer selbst nach wie vor ein- und ausgehen sahen. Mittwoch nachmittag aber kam eine Verwandte, die sich um die Frau sorgte und sich nach ihr umsehen wollte, weil sie hochschwanger war. Als sie sie noch nicht antraf, begab sie sich nach dem Haus am Sackendamm zur Polizei. Ein Polizeikommissar begab sich gleich nach der Wohnung und ließ öffnen. In dem Wohn- und Schlafzimmern lag alles wüst durcheinander, nur das Bett der Frau war sorgfältig zugedeckt, während das Bettzeug des Mannes ungeordnet und abgezogen war. Verschiedene Sachen aus dem Haushalt sowie Wäsche und Kleidungsstücke der Frau fehlten. Als man nun das Deckbett hochhob, fand man Frau Meyer tot darunter liegen. Die Leiche war schon stark verwest. Die Todesursache kann erst durch Obduktion festgestellt werden. Meyer ist flüchtig. Man erinnerte sich jetzt, daß man ihn seit einigen Tagen nicht mehr im Hause gesehen hatte. Auch nach seiner Arbeitsstelle war er nicht mehr gekommen. Koch in der Nacht wurde festgestellt, daß er seit Sonnabend noch wiederholt die Wohnung aufsuchte und daß er Haushaltungssachen, Wäsche etc. verpackt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der flüchtige Mann in einem Anstöße so schwer mißhandelt hat, daß sie unter seinen Händen starb. Einige Röhre hat er noch neben ihr gelassen. Rittelungen über den Verbleib Meyers werden in Schöneberger Polizeipräsidium entgegengenommen. Der Verfolgte ist 1,74 Meter groß und schlank, hat ein blaues Gesicht, dunkelblondes Haar, das er ins Gesicht gekehrt trägt, einen gestutzten Schnurrbart und eine Röhre im Oberkiefer und trägt ein dunkelblaues Jackett mit Weste, ein gelbes Hemd, unten umgeschlagenes Beinkleid und einen Stiefel mit Umlegeeisen.

Zwei falsche Kriminalbeamte treiben in Steglitz ihr Unwesen. Unter Vorzeigung einer Blechmarke verlangen sie meist Einlaß in Wohnungen, wo nur Frauen allein anwesend sind. Sie geben vor, Haussuchung vornehmen zu müssen in einer Angelegenheit, über die sie zunächst Stillschweigen zu beobachten hätten und bei dieser Gelegenheit beschlagnahmen sie Wertgegenstände, Uhren usw. Der eine der Schwindler ist etwa 35 bis 38 Jahre alt, groß und schlank, mit hellblondem Haar, stark gestutztem Schnurrbart, trägt braunen Jackettanzug und steifen schwarzen Hut. Der andere ist etwas jünger, hat flotten dunklen Schnurrbart und ist bekleidet mit grau-meliertem Anzug und ebenfalls steifem schwarzen Hut.

Zum Toffschlag im Hedwigskrankenhaus wird berichtet, daß auch noch ein 88 Jahre alter Hospitalier Johann Pirchke verhaftet worden ist, der — wie er selbst angibt — an dem Toffschlag mitbeteiligt gewesen ist. Er wird wahrscheinlich, da er religiös wahn-sinnig ist, in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Neukölln baut Wohnhäuser.

Die Neuköllner Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern über den im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Magistratsantrag, die Wohnungsnot durch Eigenbau von Wohnhäusern zu bekämpfen.

In der Debatte legte Genosse Pollenske dar, daß bei dem jetzigen Zustand des Wohnungswesens es dringender als je nötig ist, diesen Schritt zu tun. Die Wohnungsfrage ist trotz der ungeheuren Entwicklung der Großstädte leider arg vernachlässigt worden. Auf die Notwendigkeit ihrer Lösung haben wir Sozialdemokraten stets hingewiesen. Aber dank dem Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag und dem Hausbesitzerprivileg in den Kommunen gelang es so gut wie nichts. In Groß-Berlin ist das Wohnungswesen besonders schlimm. Die Wohnungspolitik der Gemeinden hat sich hier im großen ganzen darauf beschränkt, Arbeiterbevölkerung fernzuhalten und Wohlhabende heranzuziehen. Der Krieg hat die Wohnungszustände noch weiter verschlechtert, indem er Stillstand der Bautätigkeit, Anknapp der Wohnungen und Steigerung der Mieten brachte. Was vor Jahresfrist die Staatsregierung in ihrem Erlaß über die Bekämpfung des Wohnungsmangels vorschlug, reicht für Neukölln nicht aus. Hier brauchen wir im Hinblick auf den nach dem Krieg zu erwartenden großen Wohnungsbedarf, der mit 5000 Wohnungen nicht zu hoch geschätzt ist, ganz andere Maßregeln. Darum begrüßen wir es, daß der Magistrat jetzt zum Eigenbau schreiten will. Zu den Leitenden, die er uns mitteilt, wünschen wir Betonung der Notwendigkeit, bauliche Gelände in Erbbaurecht an gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften zu geben. Auch das ist möglich, fertige Häuser an Mietergenossenschaften zu überlassen. Wir sehen die Vorlage als eine Abschlusshandlung an und erwarten, daß weitere Maßregeln in absehbarer Zukunft folgen. Stadtv. Kuhlmann erwiderte, es dürfe sich nur um eine Kriegsmäßregel handeln. Man brauche nicht gleich dazu überzugehen, daß für ewige Zeiten die private Bautätigkeit lahmgelegt wird. Auch an die Frage des Erbbaurechts will er nur mit Vorsicht herangehen. Stadtv. Poll erklärte die Mietsteigerungen für „Naturerscheinungen“. Wenn eine Ware knapp sei, ziele eben der Preis an. Der Hauswirt habe, sagte er, nichts mehr zu sagen. Wir seien auf dem Wege zur allgemeinen Preisüberwindung des Grundbesitzes. Er gab aber zu, daß es unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen und möglich sein werde, in eigener Regie zu bauen. Einen Angriff, den er gegen die noch seiner Meinung zu einseitig gegen die Hauseigentümer entscheidenden Mietsteigerungen erklärte, wiesen Genosse Pollenske und Stadtv. Abraham zurück. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Magistratsantrag zu, überwies die für die Baukosten geforderten 3 Millionen Mark und beauftragte den Bauausschuß mit dem Aufgabenauftrag unserer Genossen an die Kommission für Wohnungsfürsorge.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wurden meist ohne Debatte erledigt. Auf dem Friedhof an der Rudower Straße soll für die Arbeiter ein massiverheizbarer Unterkunftsraum mit zwei beschließbaren Nebenräumen für Gerätschaften und Pflanzen gebaut werden. Die Vermittlung von Säugern bei Begräbnisfeiern soll künftig von der Friedhofverwaltung übernommen werden. Unsere Genossen Baehle und Kohn forderten Genähr, daß Gesangsvereine keine Schwierigkeiten gemacht und überhaupt Schilfen ausgeschlossen werden. Stadtbaurat Hahn sagte das zu und betonte, daß die Stadt ja nur die gewerbmäßige Vermittlung erstehen will.

In der Sitzung wurden Wahl e n für das Magistratskollegium, für den Provinziallandtag und für die Verbandversammlung vorgelegt. Es wurden wieder bzw. neu gewählt: zum Oberbürgermeister mit 46 Stimmen (von 48) der Oberbürgermeister Kaiser, zum beauftragten Stadtrat mit 46 Stimmen (von 49) der Stadtrat Metz, zum Abgeordneten für den Provinziallandtag mit 61 Stimmen (von 68) der Stadtverordnetenverbands-Stellvertreter Genosse Scholz, zu Vertretern bzw. Ersatzmännern für die Verbandversammlung die Stadtverordneten Rosenow, Genosse Thuro, Genosse Heilmann, Genosse Pollenske.

Gepnid. Verteuerung des Lichts. Die Gaspreise sollen abermals erhöht werden, nachdem bereits früher Erhöhungen von 3 und 5 Pf. erfolgt sind und der Preis jetzt 23 Pf. beträgt, für Automaten-gas 24 Pf. Die neue Erhöhung bringt den Preis auf 28 Pf. für Automaten-gas auf 30 Pf. Die Gaspreismiete soll um 3 Proz. erhöht werden. Auch für das städtische Elektrizitätswert ist zum 1. Oktober ein neuer Tarif in Vorbereitung.

Schmargendorf. Einspruch gegen den Dahlemer Spielplatz. Entsprechend den Wünschen des Verbandes Groß-Berlin, die besonders lebhaft in der Verbandssammlung zutage getreten sind, hat die Regierung in dem Bebauungsplan für Dahlem eine Spielplatzanlage von ähnlichem Umfang, wie ihn der große Spielplatz im Treptower Park besitzt, vorgelesen. Die Anlage soll im Norden Dahlems zwischen der Freiburger und Vorkumer Straße, westlich vom Breitenbach-Platz freigegeben werden. Da durch die Spielplatzanlage auch die auf Dahlem zulaufenden Straßenzüge Schmargendorfs berührt werden, beschäftigte sich die Schmargendorfer Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit dieser Aenderung des Dahlemer Bebauungsplanes. Der Vorsitzende, Bürgermeister Gollisch, betonte, daß die von Schmargendorf ausgehenden Verbindungsstraßen nach Dahlem, insbesondere zum Untergrundbahnhof Pöbbelskallee, die Zappoter und die Diebenonstraße, durch den geplanten Spielplatz von der Fort-führung abgeschnitten werden und sich verkaufen würden. Im Verkehrsinteresse und auch vom Standpunkt Schmargendorfs aus müsse gegen die Anlage des Spielplatzes an dieser Stelle Einspruch erhoben werden. Auch würde die Gemütsbarkeit der angrenzenden Straßenzüge durch den lauten Spielbetrieb erheblich beeinträchtigt werden. Die Gemeindevertretung schloß sich diesen Bedenken an und beschloß, beim Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin gegen die Spielplatz-anlage zwischen der Freiburger und Vorkumer Straße Einspruch zu erheben.

Mariendorf. Kartoffelverkauf. Für die nächste Woche kommen 7 Pfund Kartoffeln zur Ausgabe (Pfund 12 Pf.). Die Kartoffeln können schon jetzt bei den Händlern entnommen werden, damit Platz für neue Zufuhren gewonnen wird. — Anmeldung für Röhren. Bei den Händlern liegen Kundentlisten für Röhren aus. Die Anmeldung erfolgt gegen Vorlegung der Gemeindefürsorgekarte mit den Abschnitten F und G bis spätestens am 30. d. Mts. Für jede im Haushalt befindliche Person

ist eine Lebensmittelkarte vorzulegen. Wegen Ausgabe des Käßgarns erfolgt später besondere Bekanntmachung.

Friedrichshagen, Lebensmittel. Vollmilchkarten werden heute und morgen gegen Vorlegung der abgelassenen Abchnitte, die Magermilchkarten am Dienstag ausgegeben. Die gegen Mitternacht zu verfallenden Vollmilchkarten nur gegen Vorlegung der schriftlichen Benachrichtigung Montag, den 30. September. Die Ausgabe geschieht im Lebensmittelbureau, Friedrichstr. 88, von 8-1 und 3-6 Uhr. — Kunstbrot gelangt bis morgen auf Abchnitte 128 der blauen Lebensmittelkarte zur Ausgabe. Auf jede Karte entfallen 450 Gramm zum Preise von 67 Pf.

Weißensee, Lebensmittel. Die Abchnitte 128a-g der Weißenseer Kartoffelliste verlieren mit dem 27. ihre Gültigkeit. Bis zu diesem Tage einschließlich hat also jeder Karteninhaber zur Vermeidung des Verlustes seine Kartoffeln für die Woche vom 23. bis 29. abzunehmen. Diese Bestimmung gilt nicht für Militärtauler und diejenigen, die erst nach dem 27. September in den Besitz einer Kartoffelliste gelangen, ebenso für den Verbrauch in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Einrichtungen der Volksspeisung, Kantinen gewerblicher Betriebe und gemeinnützigen Speiseanstalten. Die zum Verbrauch in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 bestimmten, auf die Abchnitte 127a-g der Weißenseer Kartoffelliste entfallenden sieben Pfund Kartoffeln sind vom 27. September bis spätestens einschließlich 1. Oktober in den Kleinhandelsgeschäften abzugeben und zu entnehmen. Mit dem 1. Oktober verlieren die Abchnitte 127a-g der Kartoffelliste ihre Gültigkeit. Die vorstehend genannte Ausnahme gilt entsprechend für die Abchnitte 127 der Kartoffelliste. Wer die Kartoffeln auf die Abchnitte 127 nicht in der Zeit vom 27. September bis 1. Oktober abnimmt, erhält keine Kartoffeln nicht.

Soziales.

Die Entwicklung des Bergbaues.

Der Bergbau hat in den letzten Jahrzehnten im Deutschen Reich eine große Ausgestaltung erfahren. Nach Kriegsausbruch wurden zwar die Betriebe etwas eingeschränkt, gegenwärtig ist aber der Friedensstand wieder weit überholt. Auf Grund der Berichte der Knappschaftsberufsgenossenschaft läßt sich folgendes Bild der Entwicklung geben:

Jahr	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter	Gehaltete Löhne in Mark im ganzen	Löhne je Arbeiter
1896	1658	843 709	250 802 479	729,69
1906	1822	446 842	416 636 549	933,45
1906	2186	889 248	891 222 654	1293,04
1913	1978	918 805	1 458 620 230	1587,52
1916	1848	708 614	1 365 405 444	1940,56
1917	1927	777 510	1 871 063 745	2406,48

In diesen Ziffern sind die beschäftigten Kriegsgefangenen nicht mit eingerechnet. Ihre Zahl betrug im Jahre 1917 im deutschen Bergbau 162 085, so daß zusammen 889 555, also über 20 000 Personen mehr als 1913 beschäftigt waren. Auf die einzelnen Bergbauarten verteilen sich die Angaben im Jahre 1917 wie folgt:

Betriebsart	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter	Lohn auf einen Arbeiter
Steinkohlenbergbau	343	592 163	2556 Mark
Braunkohlenbergbau	515	68 720	1891
Erzgruben, Metallhütten	512	80 348	2038
Salzbergbau	255	27 992	1833
Andere Mineralgewinnung	302	8 857	1556

Es zeigt sich hier die überragende Bedeutung des Steinkohlenbergbaues.

Die Zahl der Unfälle hat wieder zugenommen, und zwar die der erstmalig Entschädigten von 11 639 im Jahre 1916 auf 13 734 im Jahre 1917, oder je 1000 Versicherte von 16,54 auf 17,66. Unter den Verletzten befinden sich 418 weibliche und 625 jugendliche. Die Zahl der Getöteten vermehrte sich von 2156 im Jahre 1916 auf 2874 im Jahre 1917. Jedenfalls eine erschreckend hohe Ziffer. Die weitans größte Zahl der Unfälle, nämlich 4883, entstand durch Zusammenbruch und Einsturz, sodann 2922 durch Ueberfahren usw. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft stellt auch Untersuchungen über „die inneren Ursachen“ der entschädigungspflichtigen Unfälle an, und sie hat dabei herausgefunden, daß 9176 (66,8 Proz.) auf die Gefährlichkeit des Betriebs an sich, 4054 (29,5 Proz.) auf die Schuld der Verletzten selbst, 409 (2,9 Proz.) auf die Schuld der Mitarbeiter und 96 (0,7 Proz.) auf die Mängel des Betriebs im besonderen zurückzuführen sind. Hiernach wären die Unternehmer überhaupt an keinem Unfall schuld, höchstens viel-



**Bestimmungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!**
Deine Tat sei die „Neunte“!

leicht an den zuletzt gedachten 96. Diese Unschuld der Unternehmer können nur vielleicht diese selbst glauben.

Die „Unfallkosten“ haben ständig zugenommen. Sie erhöhten sich je Arbeiter von 7,55 M. im Jahre 1896 auf 19,08 M. im Jahre 1900, 38,24 M. im Jahre 1910 und 57,11 M. im Jahre 1917. Berechnet auf 1000 M. Lohnsumme erhöhten sich die Aufwendungen von 8,20 M. im Jahre 1896 auf 17,23 M. im Jahre 1900 und 28,44 M. im Jahre 1910. Dann trat eine Verminderung ein auf 21,68 M. im Jahre 1917. Da diese Berechnungen auf eine bestimmte Lohnsumme die zutreffendsten sind (weil sich die Renten hauptsächlich nach dem Jahresarbeitsverdienst der Verletzten richten), so ergibt sich hieraus eine erhebliche Verschärfung der Rentengewährung in den letzten Jahren. Im Jahre 1917 wurden 84 1/2 Mill. an Unfallentschädigungen ausbezahlt. Davon entfielen 17 076 788 M. auf Renten an 67 771 Verletzte, 4 671 490 M. auf Renten an 18 438 Witwen usw. An „Umlagen“ (Beiträgen) wurden von den Unternehmern 44 1/2 Mill. Mark eingezogen.

Die Aufwendungen für die Unfallverhütung verminderten sich auffälligerweise von 46 359 M. im Jahre 1916 auf 32 543 M. im Jahre 1917. Diese Beträge sind mit Rücksicht auf den Umfang der Berufsgenossenschaft schon an sich recht niedrige. Der Bericht über das Gubenrettungswesen hebt hervor, daß die Fortbauer des Krieges besondere neue Einrichtungen „nicht zugelassen“ habe. Teilweise waren die Stellen der Aufsichtsbeamten oder der Leiter der Unfallhilfsstellen überhaupt nicht besetzt, verschiedenlich erstatteten diese überhaupt keine Berichte, die zum Rettungsdienst erforderlichen Apparate usw. seien nur schwer zu haben gewesen. Vom Standpunkt der Arbeiter aus betrachtet liefert der Bericht kein erfreuliches Bild.

Jugendliche Psychopathen!

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat seit dem Jahre 1907, angeregt durch einen Vortrag von Professor Ziehen, die Frage der Psychopathen in ihren Aufgabenkreis einbezogen. Im Jahre 1913 hat sie ein Heilerziehungsheim in Templin errichtet, wo psychopathische Knaben nach heilpädagogischen Gesichtspunkten erzogen werden. In neuester Zeit hat sie einen Ort für psychopathische Knaben in Berlin errichtet, der zugleich eine Art Beobachtungsstation sein soll, eine Einrichtung, die sich schon früher in

Halle durchaus bewährt hat. Die Frage der Psychopathen ist ja auch unter dem Einfluß des Krieges eine immer brennendere geworden. Deshalb will der Gesundheitsausschuß der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge gemeinschaftlich mit dem Verwaltungsrat des Heilerziehungsheims Templin die Angelegenheit in einer öffentlichen Tagung am 19. Oktober 1918 in Berlin erörtern. Das Programm der Versammlung, das nunmehr vorliegt, zeigt einen einleitenden Vortrag des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Moeli-Berlin, ein Referat von Professor Dr. Esler-Berlin über Erkennung und Behandlung der Psychopathie bei Kindern und Jugendlichen, sowie ein anderes von Professor Dr. Kramer-Berlin über psychopathische Konstitutionen und Straffälligkeit im Jugendalter. Während der Vormittag der Tagung so den theoretischen Fragen gewidmet ist, wird der Nachmittag die praktischen fürsorgerischen Fragen behandeln. Dientst Siegmund-Schulze, Direktor des Berliner Städtischen Jugendamts, hat hierzu den einleitenden Vortrag übernommen über Wege und Ziele der Fürsorge für psychopathische Kinder und Jugendliche, während Oberregierungsrat Dr. Dietrich-Weißig über Beobachtungsheime für jugendliche Psychopathen sprechen wird. Präseisen von der Leyen-Berlin wird über Schulaufsicht über psychopathische Kinder sprechen, Oberregierungsrat Böttcher-Braunsdorf über Berufsberatung für psychopathische Jugendliche. Die Tagung selbst wird hoffentlich eine Klärung auf diesem wichtigen Gebiet der Jugendfürsorge bringen. Eintrittskarten sind unentgeltlich bei der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin R. 24, Romboullplatz 31, zu entnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Feldpost 2084. Sie sind zur Tragung der Krankenbaukosten verpflichtet, da die Krankenkasse nur 26 Wochen zahlte. — G. H. 30. Nicht an das Kriegsministerium, sondern an das stellv. Generalkommando, dem der Truppenteil Ihres Mannes angehört, müssen Sie sich wenden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Nimmlich mild, im östlichen Binnenlande noch größtenteils trocken und ziemlich heiter, im Westen und längs der Küste vorwiegend wolfig, mit leichten Regenfällen.

Täglich erscheint im „Vorwärts“ der Stellenanzeigen **finden Sie** im „Vorwärts“ mit seinem ausgedehnten Verbreitungsbezirk **gutbezahlte Stellung.**

Abonnementpreis monatlich 1,80 Mark frei ins Haus.

Name _____
 Beruf _____
 Wohnort _____
 Straße? _____ Stadt _____
 Bei wem? _____
 bestellt ab 1. Oktober den „Vorwärts“ zum Preise von 1,80 M. per Monat frei ins Haus.

Verein der Frel-denker für Feierbe-stattung.
 Sitz Berlin. Gegr. 1905.
 Am 23. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Herr **Otto Ickert.**
 Die Einäscherung findet am Sonnabendnachmittag 1 Uhr im Krematorium Gerichtstr. 37 statt.
 Ferner verstarb am 23. d. Mts. unser Mitglied, Herr **Otto Gelhaar.**
 Die Einäscherung findet morgen Sonnabend, mittags 12 Uhr, in der Gerichtskirche statt.
 Ehre ihrem Andenken! Um zahlreiche Beteiligung erlaucht
 Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe Ortsverwaltung Berlin.
 Den Mitgliedern machen wir hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser lang-jähriger Kollege, der Retal-Reloucheur **Willi Hartwig** am 24. September im Alter von 47 Jahren an Dand-rose verstorben ist.
 Ein ehrendes Andenken ist ihm gesetzt.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 28. Sept., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tempelhof, Germaniastraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung er-lucht **Die Verwaltung.**

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
 Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn-Station.
 Behandl. von Syphilis, Haut-Para., Frauenleiden, spez. chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandl., ohne Verunstaltung. Blutuntersuchung. Näh. Preis-Teilnahme. Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigau Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel.
 Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern
 jedem Geschmack entsprechend.
 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 □ Mtr. groß
 Versand nach allen Plätzen Deutschlands. — Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
 Wochentags von 8-7, Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Pelzwaren
 wie Skunks, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Kreuzfische, Herren-Gehpelze, Reise-, Wagenpelze.
Ankauf und Verkauf:
 Brillanten, Uhren, Ringe, silb. Taschen usw.
 Beleihung jeder Wertsache.
 Verkauf von Herren- und Damen-Garderobe im
Leihhaus Moritzplatz 58a.

Berein Berliner Möbelindustrieller E. B.
 Geschäftsstelle Luchauerstr. 11

Kriegs-Möbel
 Verkauf durch alle Geschäfte mit diesem Plakat

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
 bek. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verunstalt. Geschlechtskrankheit, gonorrh. Haut-, Para., Frauenleiden, Schwäche, Uterusprobleme Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
 Sprechst. Königstr. 34/36, Alexanderpl. Epr. 10-11, 5-8, Sonnt. 10-1

Seltene Angebot!
 verleihe als Postpaket per Rad-nahme: Vriem, einwandfrei, 10 Stück 6 M., Nohhaar-Zahnürfel, 100 lang, sehr haltbar, 2 Pkt. 6 M.; Zahn-schoner, 1000 Stück 6 M., Vriem allein wird nicht ab-gegeben. 187/12
A. Kämmerer,
 Lichterode, Brangelstraße 15.

Arbeiter-Samariter-Bund.
 Kolonne Groß-Berlin.
Anfang des Winter-Kurjus
 Montag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, in Schulze's Festsaal, Am Königsplatz 2, am Alexanderplatz.
 Der leitende Vortrag lautet:
Ueber Zweck u. Ziel des Kurjus (sowie über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers).
 Der Besuch des ersten Abends Reht jedem als Gast frei.
 Der einmalige Beitrag für den Kurjus beträgt 3 M.
 Eine reichhaltige Bibliothek steht kostenlos zur Verfügung.
 Meldungen u. nimmt auch der Vorliegende entgegen, wo auch Zebrpläne zu haben sind.
Gustav Dietrich, Vorsitzender,
 287/10 Berlin NW 23, Klopstockstr. 25, Hof links dort.

Wermul-tüb, mit Flasche und Steuer . . . M. 4,70
Wein Inbaliden-Str. 164 J. F. Rauch, Friedrich-Str. 114

Direkt an der Hochbahn Kottbusser Tor
Möbel-Blagau
 Kottbusserstr. 23
Gegen bar u. auf Kredit
 Speiseszimmer-Schlaf-zimmer-Herrenzimmer-Rüchen u.s.w.

Radfahren
 mit unseren Bereifungen ist erlaubt.
Glatt wie Pneumatik
 Th. Just & Co.,
 Selt.-Alliance-Platz 18.

Zähne von 3 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1,00 Goldkronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst an schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt **Wolf** soL. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.

Deutscher Transportarbeiterverband.
 Sitzberwall. Groß-Berlin
 Den Mitgliedern zur Nach-richt, daß unser Kollege, der Arbeitstüchtler **Wilhelm Dollhardt** von der Firma Schilling, Kaiserin-Augusta-Allee, am 24. September im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Sep-tember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Friedhofes, Ploehener, aus statt.
Nachruf.
 Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Ernst Gehler** von der Firma S. Strauß, Kreuzstraße, am 16. September im Alter von 62 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung

Kohlen-, Obst-, Gemüse-
 Transport-Wagen und Körbe.
Massenverkauf, Andreas-
 Straße 23

Papier-Fahrrad-Bereifung
 in einjähriger Benutzung, tausendfach bewährt.
 Leichter, geräuschlos, Gang, wie auf Vollgummi.
 Keine Reparaturen.
 Geringe Abnutzung.
 Bei jeder Witterung gebrauchsfähig.
J. Sichenberg,
 Papierröhrenwalzwerk
 Papier-Fahrradbereifung,
 Berlin S., Alte Jakobstraße 75.

Pelz-
 Kragen, Muffen, Mäntel gegen bar od. erleichterte Zahlungsweise.
Pelzhaus Abuco,
 Leipziger Str. 58, I.

Das Gedächtnis.

Das den Ideen der Menschen in der Regel abgeht, ist durchaus nicht die Mächtigkeit, sondern die Deutlichkeit und Genauigkeit. Soubenargues.

Es. Versuchen wir einmal, ob wir imstande sind, alle Geschäfte auf der rechten oder linken Seite einer Straße anzugeben, die wir tagaus, tagein auf dem Gange nach der Arbeitsecke seit Jahr und Tag kennen. Oder beantworten wir uns die Frage, wie die 6 (VI) auf unserer Tachenuhr aussieht, ob sie aufrecht steht oder verkehrt. Wir werden uns eingestehen müssen, daß wir das nicht können. Man frage einmal einen Postboten, der über zwanzig Jahre lang täglich zweimal durch einen Wald gehen mußte, ob es ein Laub- oder ein Nadelwald sei. Auch er blieb die Antwort schuldig.

So überrahrend diese Feststellungen sind, so haben sie doch ihre Erklärungen. Unsere Sinne sind durch das Drängen und Hängen des modernen Lebens gewöhnt, zu vielerlei Eindrücke auf uns einzuwirken zu lassen. Wir sind zu flüchtig geworden, zu wenig gesammelt. Wir sehen vieles nur halb, hören bei Gesprächen oft nur halb zu, beschäftigen uns, während wir eine Tätigkeit ausüben, in Gedanken mit ganz anderen Dingen. Diese mangelhafte Aufmerksamkeit ist eine der Ursachen, warum wir so vieles wieder vergessen, weshalb wir über ein schlechtes Gedächtnis klagen.

Wie sind nun diese Zustände physiologisch zu erklären. Alle Eindrücke, die von der Außenwelt her auf unsere Sinne einwirken, werden zum Gehirn weiter geleitet und rufen in dessen Ganglienzellen Veränderungen hervor. Es prägt sich etwas unserem Gedächtnis ein, sagen wir. Wenn wir uns eine Melodie merken, wenn wir ein Gedicht, eine Reihe von Zahlen lernen, ist die Tätigkeit unseres Gehirns die gleiche, wie die der Muskel, deren feinste Nervenfasern wir z. B. bei der Tätigkeit eines Jongleurs bewundern. Jeder Sportmann weiß, daß die andauernde Übung eines Muskels zu einer Vermehrung seiner Masse und damit zu einer Steigerung seiner Leistungsfähigkeit führt. Ähnlich ist es auch mit den Ganglienzellen des Gehirns.

Man hat das auch durch das wissenschaftliche Experiment erwiesen. So hat man z. B. bei neugeborenen Hunden eines Wurfes der Hälfte der Tiere die Augen geschlossen und die anderen Tiere mit offenen Augen herumlaufen lassen. Als man nach einiger Zeit die Gehirne der Tiere mikroskopisch untersuchte, zeigten die Ganglienzellen der Tiere, die keine Gesichtseindrücke gehabt hatten, nur äußerst schwache Veränderungen, während die gleichen Zellen der sehenden Tiere, die also Tag für Tag neue Gesichtsempfindungen aufnahmen, viel ausgeprägter und ausgedehnter waren.

Daraus ist zu folgern, daß eine entwickelte Zelle eine Erregung durch einen Eindruck viel besser weiter leitet als eine schwache. Bei einer geringeren Lebhaftigkeit des Eindruckes wird dieser auf seinem Wege über die Nervenfasern viel eher erlöschen als bei einer starken. Er gleicht da dem Funken auf der Zündschnur. Gewöhnen wir uns daran, immer und immer wieder Eindrücke dieselbe Bahn laufen zu lassen, so schleifen wir sozusagen in unserer Großhirnrinde Bahnen aus, die ein Abgleiten nach anderen Richtungen hin verhindern. Die Übung wird eine Vergrößerung unserer Ganglienzellen bewirken und die Führung des Eindruckes wird diesen immer leichter und leichter seine Bahnen ablaufen lassen.

Auf diese Art ist in der Kindheit unsere Erziehung vor sich gegangen, auf diese Art haben wir uns unsere Fähigkeiten angeeignet. Hören wir auf zu üben, so werden unsere Gehirnzellen nicht mehr in Anspruch genommen und verlieren an Umfang. Es fällt uns immer schwerer, die eingehübte Leistung wiederzugeben. Wir erinnern uns immer schwerer, wir verlieren und vergessen.

Weil wir als Kinder auch nur wenige und hauptsächlich anschauliche Vorstellungen hatten und diese, um Beschäftigung zu haben, unablässig wiederholten, können wir uns die Begabtheiten unserer Kindheit auch am leichtesten in das Gedächtnis zurückrufen.

Plato verglich das Gedächtnis mit einer weichen Masse, welche Eindrücke annimmt und bewahrt. Will man sich von unserem Vorstellungsbildern und dessen Eigentümlichkeit ein Bild machen, so denke man sich ein Tuch, das oft in dieselben Falten gelegt ist und das später gleichsam von selbst wieder dieselben Falten schlägt. Fortwährend werden nun unsere Sinne und damit unser Gehirn durch Erlebnisse um und in uns erregt. Eine Wahrnehmung unserer Sinne wird nun um so stärker vor unser geistiges Auge treten, um so um so stärker betocht werden, je mehr Aufmerksamkeit wir darauf verwenden. Sie steht dann im Mittelpunkt des Bewußtseins. Neue Eindrücke verdrängen sie, keiner bleibt für immer.

Die alten Vorstellungen entfernen sich immer mehr vom Brennpunkte, werden nach und nach verschwommen, verschwinden, verloren gehen sie nicht. Sie verhalten sich jenseits der Bewußtseinsgrenze im sogenannten Unterbewußtsein. Jederzeit können sie von dort wieder zurückgerufen werden. Das nennen wir das Erinnern.

Was unser Unterbewußtsein alles aufstapelt an Eindrücken, scheint uns fast unbegreiflich. Selbst der vergeschlossenste und beschränkteste Mensch speichert unzählige Vorstellungen auf: Verwandte, Bekannte, Straßen, Häuser, Wohnungen, Tiere und Pflanzen. Ferner alles, was einem die Schule vermittelte, berufliche Kenntnisse, die Ertragscharaktere der Technik, der Wissenschaften, Ereignisse aus dem persönlichen und öffentlichen Leben usw. Weiter denke man an das, was man gesehen, gelebt usw. Es scheint uns fast rätselhaft, wie die Fülle von Gedanken und Eindrücken in unserem Gehirn untergebracht werden konnte.

Je oberflächlicher nun die Sinneswahrnehmung, je weniger Aufmerksamkeit auf sie verwendet, je schneller sie von einem neuen Eindruck verdrängt, je seltener sie von uns rekapituliert wurde, um so eher ist sie vergessen. Die unablässige Übung solcher Eindrücke, wie wir sie z. B. oft bei Leuten finden, die ununterbrochen nur Romane lesen, führt zu einem schwachen Gedächtnis. Diesen Einflüssen entgegen arbeitet eine Steigerung der Energie des Vorstellungsbildens, eine Weiderrückführung der Vorstellungen überhaupt und eine Wiederholung der Eindrücke.

Beide Einflüsse bedingen die Beschaffenheit des Gedächtnisses. Alle Versuche und Versuchen, unser Gedächtnis zu kräftigen, beruhen auf diesen Tatsachen. Stets ist die Grundlage zu beachten, aufmerksamer, gesammelter, konzentrierter zu sein als bisher. Das ist durch einfache Mittel zu erreichen. Darüber hinaus ist das Augenmerk darauf zu richten, die Eindrücke erneut wirken zu lassen, zu rekapitulieren. Auch das ist leicht zu bewerkstelligen. Alles was darüber hinaus in manchen Lehrbüchern der Gedächtnispflege gesagt ist, fußt auf diesen Grundsätzen. Sie bezwecken die Stärkung der natürlichen Gedächtnisfähigkeiten. Die künstlichen Mittel zur Gedächtnispflege, als da sind Übertragen der Worte in Zahlen und der Zahlen in Worte nach bestimmten Systemen, sind gute Mittel zur Konzentration, aber auch nicht viel mehr. Sie belasten das Gedächtnis mit zu vielem unnützen Ballast.

Wer die hier im Rahmen eines Artikels nur in knappen Zeilen angezeigten Progen eingehender studieren will, dem empfehlen wir die beiden im Kosmos-Verlag in Stuttgart erschienenen Bändchen von A. R. Müller: „Das Gedächtnis“ und „Praktische Gedächtnispflege“, die sich durch eine anschauliche und leicht verständliche Darstellung auszeichnen.

Mehr Lichthygiene!

Wieder naht die Zeit der langen Abende und Nächte, die den Schaffenden zwingt, einen Teil seines Tagewerks im geschlossenen Räume bei künstlicher Beleuchtung zu vollenden. Da mag es denn nicht unangebracht erscheinen, auf die Schäden hinzuweisen, die eine falsche Beleuchtungstechnik dem menschlichen Auge, jenem für unsere gesamte Lebensführung so überaus wichtigen Sinneswerkzeuge, zufügen vermag.

Unsere modernen hochleistungsfähigen Lichtquellen mit ihrer blendenden Helle dürfen zur Beleuchtung von Straßen und öffentlichen Plätzen, Versammlungs- oder Vergnügungsräumen, Restaurants und Warenhäusern unter keinen Umständen ohne schädliche Umkleidung oder entsprechend hohe Aufhängung Verwendung finden. Nur in „diffuser“ d. h. lichtstreuender Hülle von Matt- oder Milchglas dürfen sie im Verleite unserer Augen wirken; andernfalls müßten sie so hoch angebracht sein, daß sie dadurch normalerweise der Reichweite unseres Sehfeldes entzogen sind. Wie wenig aber hierauf Rücksicht genommen zu werden pflegt, zeigt die Beleuchtung unserer Straßen und Plätze mit hochleistungsfähigen Gas- oder Elektrolicht in Klarengelassen, ohne daß es durch angemessene Aufhängungshöhe verhindert würde, höchst empfindliche Blendungserscheinungen hervorzurufen.

Noch schwerere Nachteile aber werden sich ergeben, wo die leuchtende Beleuchtung in Fabriken, Werkstätten oder sonstigen Arbeitsräumen angebracht ist, so daß der Arbeiter oder Angestellte andauernd unter Blendung zu leiden hat. Lange wird er einen solchen Zustand ohne erhebliche Schädigung seines Sehvermögens nicht ertragen können. Bald wird er erhaltener Aufträge, wie sie gerade die Kriegswirtschaft erfordert, nicht mehr auszuführen imstande sein. Der Unternehmer wird sich nach einer „geeigneteren“

Kraft“ umsehen, und dem Schaffenden wird es dann nicht leicht fallen, Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Oft genug trifft man eine Halbwattlampe oder eine moderne Spiraldrahtlampe mit ihrem intensiv blendenden Leuchtkörper naht oder in Klarengelassen in Fabrikräumen oder Werkstätten in so geringer Höhe angebracht, daß Störungen des Sehvermögens unbedingt eintreten müssen. Es gehört wirklich nicht viel Scharfsinn und Ueberlegung dazu einzusehen, daß eine so unzumutbar angelegte Beleuchtung eine leichtsinnige und unverantwortliche Verfündigung gegen das menschliche Auge darstellt.

Es ist demnach hohe Zeit, daß sich die zuständigen Behörden auch diesem Gebiete der sozialen Hygiene zutenden und geistliche Handhaben schaffen, welche Strafverfolgungen wegen Körperverletzung und die Verhängung von Erfahrungsstrafen für Schäden, die aus unangemessen angelegter Beleuchtung entstehen, ermöglichen.

Den Gewerbeinspektoren sollte die Aufsicht über die zweckmäßige Beleuchtung von Fabriken und Arbeitsräumen zur Pflicht gemacht werden. Die periodische Ueberwachung und Abprüfung sollte lichttechnisch sachverständigen Organen übertragen werden, wenn es nicht noch zweckmäßiger ist, Beleuchtungsrevisionsstellen nach dem Muster der Dampfseifevisionsvereine ins Leben zu rufen. Dr. M. K.

Der Fallraum.

Zu den typischen Träumen zählt der Fallraum, der außerordentlich häufig ist. Er tritt mit Vorliebe im ersten Schlaf auf. Man träumt, man klettere an einem hohen Gebäude, einem steilen Felsenabhang in die Höhe und plötzlich verliere man den Halt und stürze hinab. „Kannst du den Schrecken des Einschlafenden? Was in die Hölle hinein erschrickt er, dasod, daß ihm der Boden weicht und der Traum beginnt.“ (Nietzsche: Also sprach Zarathustra.) Dieser Fallraum ist anscheinend von jeder beobachtet. Er wird auch im „Don Quixote“ erwähnt. In der Schenke sagte die Tochter des Wirtes: „Wir träumt oft, ich stiele von einem Turm und könnte gar nicht zur Erde kommen, und wenn ich dann wieder erwache, bin ich so müde und erschlagen, als wäre ich wirklich heruntergefallen.“ Wie Fischer-Desoy in dem „Kosmos“-Bändchen „Schlafen und Träumen“ bemerkt, ist das „Nicht-auf-der-Erde-Kommen“ bezeichnend für die eine Form des Fallraums. Er kann sich aber auch so abspielen, daß man mit einem plötzlichen Ruck, der den Körper erschüttert, erwacht. Oft hat man im ersten Schlaf noch nicht die endgültige Lage gefunden. Man liegt z. B. auf dem Rücken mit gekrümmten Armen da. Um diese Lage eine Weile auszuhalten zu können, braucht man eine gewisse Muskelkraft. Die Muskeln werden aber, je mehr sich der Schlaf vertieft, um so schlaffer; sie sind nicht mehr imstande, die angezogenen Beine festzuhalten, der Fuß gleitet aus, die Beine werden plötzlich gestreckt. Der ganze Körper wird von einem Ruck erschüttert. Während nun das langsame Ausgleichen der Krümmung der Arme die Traumvorstellung des Fallens erweckt, wird die Schlagererschütterung das jähe Erwachen hervorgerufen.

Notizen.

Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule veröffentlicht soeben das Verzeichnis ihrer Veranstaltungen im Lehrvierteljahr Oktober-Dezember 1918. Außer 239 Vorlesungsreihen aus allen Wissensgebieten und Unterrichtsstunden in allen wichtigen Sprachen wird sie wissenschaftliche Vorträge, Seminare für Vorgesetzten und wissenschaftliche Filmvortrüge veranstalten. In Vorträgen aus deutscher Gegenwart wollen ihre Dozenten über Gegenwartsfragen sprechen. — Das Für und Wider der uns bewegenden wirtschaftlichen Probleme wird in einer Sonderveranstaltung reich dargestellt werden.

Wie viele Millionenstädte gibt es? Die Anzahl der Städte, deren Einwohnerzahl eine Million übersteigt, beträgt nach einer solchen veröffentlichten Aufstellung achtzehn. Die beiden größten Städte der Welt haben, einschließlich der Vororte, die folgende Millionen überschritten. Es sind London mit 7,42 und New York mit 7,3 Millionen. Es folgt Paris mit 4,15 Millionen, Berlin mit 3,75, steht an vierter Stelle; weiter folgen: Chicago mit 2,46, Petersburg mit 2,26, Tokio mit 2,1 und Wien mit 2 Millionen. Unter zwei Millionen liegt die Bevölkerungszahl der folgenden 10 Städte: Moskau 1,88, Philadelphia 1,89, Buenos Aires 1,58, Osaka 1,48, Rom 1,26, Kallutta 1,23, Konstantinopel 1,2, Rio de Janeiro 1,15, Wuppertal 1,1, Bombay 1. — Mit vollkommener Sicherheit können die Millionenstädte der Erde, besonders die chinesischen, jedoch nicht angegeben werden.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von D. S. Raymond.

Großglück fing diese Blinde auf, schloß die Kasse und rief ironisch:

„Dronel, du schaust in die Kasse, als wenn sie deine Braut wär. Ich geb' dir mein Wort, daß du sie nicht heiraten wirst. Du wirst sie nicht mal küssen, ha, ha, ha!“

Er lachte herzlich über Kleins betroffene Miene. Der setzte sich neben ihn und begann ihm leise etwas zu erzählen. Großglück hörte lange zu und sagte endlich:

„Ich hab's schon gewußt. Ich muß das mit Welt besprechen. Herr Blumenfeld, telefonieren Sie bitte Herrn Moriz Welt an, ich lasse ihn zu mir bitten, ich hab' ein wichtiges Geschäft!“ rief er durch die Tür ins Kontor.

„Dronel, davon keinen Ton! Wir freffen den Borowicki, bevor er noch gar ist!“

„Ich sag' dir, ihr werdet ihn nicht freffen, hinter ihm stehen.“

Er konnte den Satz nicht zu Ende sprechen, weil einer der Bankbeamten im Arbeitszimmer erschien.

Er war so verwirrt und erschrocken, daß der Bankier vom Stuhl aufsprang.

„Herr Rat, Herr Rat, dieser Lump, was hat er gemacht. Dieser Schurke, der Luszynski!“

„Was hat er gemacht? Sprechen Sie leiser. Hier ist keine Synagoge.“

„Er hat gestohlen vierhundert Rubel einliefert und ist durchgebrannt. Ich war in seiner Wohnung, ist nichts da, er hat die Sachen mitgenommen und ist nachts fortgefahren nach Amerika.“

„Verhaften lassen! Aktien anlegen lassen! Ins Kriminal stecken! Nach Sibirien verschicken!“ schrie der Bankier, mit den Fäusten drohend.

„Ich wollte das schon alles machen, ich wollte schon depechieren, wollte die Polizei verständigen, aber das wird doch alles kosten. Ich wollte erst den Auftrag vom Herrn Rat haben.“

„Es mag kosten, ich soll verlieren mein ganzes Vermögen, aber diesen Dieb muß man kriegen, er soll im Kriminal verfaulen für meine vierhundert Rubel.“

„Dann lassen der Herr Rat vielleicht gleich ein Konto für diese Sache eröffnen.“

„Was wird das kosten?“ fragte Großglück schon ruhiger. „Ich weiß nicht, aber immerhin, einige fünfzig bis achtzig Rubel wird es schon kosten.“

„Wie, was? Ich soll zu diesem Dieb noch zulegen? Er soll verrecken! Wer hat ihn einlieferten geschickt?“ fragte er nach einer Weile.

„Ich, aber der Herr Rat haben mich beauftragt,“ entschuldigte er sich schüchtern.

„Sie haben ihn geschickt — dann sind Sie verantwortlich. Ich will nichts mehr hören. Meine vierhundert Rubel können nicht verloren gehen. Sie sind verantwortlich.“

„Herr Rat, ich bin ein armer Mann, ich bin doch unschuldig, ich arbeite beim Herrn Rat ehrlich schon zwanzig Jahre, ich habe acht Kinder!“ Herr Rat: haben mich beauftragt, diesen Lump zum Einlieferten zu schicken,“ seufzte er und bettelte mit flehentlichen Blicken.

„Sie sind für die Kasse verantwortlich, Sie sollen Ihre Leute kennen, ich sag's noch mal: das Geld muß da sein. Sie können geben!“ rief er drohend, wandte ihm den Rücken zu und trank seinen Tee.

Der Beamte blieb noch eine Weile stehen, schaute mit starren Augen auf den breiten Rücken des Bankiers und in die Rauchwolke der Zigarre, die aus dem Rand des Schreibtisches lag, seufzte tief auf und ging hinaus.

„Er denkt sich, ich wär' so dumm. Er hat mit Luszynski geteilt. Alter Biß!“

„Herr Welt,“ meldete der Portier. „Ich lasse bitten, ich lasse bitten!“ Dronel, geh diesem Lölpel nach und sag' ihm, daß ich ihn werd' ins Kriminal stecken lassen, wenn ich das Geld nicht sofort findet.“ Herr Welt, bitte schön!“ rief er, als er Moriz bemerkte, der sich mit Willegel im Kontor unterhielt.

Moriz begrüßte ihn, musterte das Gesicht des Bankiers und wies kurz hin:

„Herr Rat haben nach mir telefoniert, ich wollte gerade zu Ihnen kommen.“

„Geschäft, wie? Das werden wir noch erledigen, ich muß mit Ihnen nämlich in einer sehr delikaten Angelegenheit sprechen.“

„Was das Geschäft: Adler & Co. brauchen eine große Partie Wolle. Sie haben sich an mich gewandt. Ich habe Wolle, aber brauche Geld.“

„Ich geb' Ihnen Geld. Wir machen halbpant, gut?“

„Na also, wie gewöhnlich, wir verdienen fünfzehn Prozent.“

„Wie viel brauchen Sie?“

„Dreißigtausend Mark für Leipzig.“

„Gut, ich schicke sie Ihnen telegraphisch. Wann fahren Sie?“

„Gente nacht. In einer Woche bin ich wieder zurück.“

„Abgemacht!“ rief lustig der Bankier, rückte etwas von seinem Schreibtisch weg, steckte sich eine Zigarre an und musterte Welt lange, der an seinem Stodgriff knabberte, seinen Kneifer zurechtzubringen und gleichfalls den Bankier scharf anschaute.

„Wie ist es Ihnen mit der Baumwolle ergangen?“ fragte zuerst Großglück.

„Die Hälfte haben wir verkauft.“

„Ich weiß, ich weiß. Ihr sollt fünfundsiebzig Prozent verdient haben, und der Rest?“

„Den Rest werden wir selbst verarbeiten.“

„Wächst die Fabrik?“

„In einem Monat ist sie unter Dach, in drei sind die Maschinen montiert, und im Oktober geht's los.“

„Ich liebe solche Eile. Das ist ganz wunderschön, echt Lodzer Art,“ sagte er leise hinzu und lächelte distret. „Porowicki ist ein hunger Mann, aber...“

Er zögerte einen Augenblick, lächelte ironisch und hüllte sich in eine Rauchwolke.

„Aber...?“ griff Moriz neugierig auf.

„Aber er abentuert gern mit verheirateten Frauen. Das schickt sich für einen Fabrikanten nicht.“

„Das schadet ihm nichts. Bald heiratet er, hat schon eine Braut.“

„Eine Braut ist kein Wechsel, das ist ein einfacher Revers, den man nicht zu zahlen braucht bei Fälligkeit. Dafür meldet man keine Pleite an. Ich habe Porowicki sehr gern. Ich habe ihn so gern, daß ich ihm geben würde meine Mary, wenn er unser wär,“ aber...“

„Aber?“ griff wiederum Moriz auf, weil der Bankier eine längere Pause machte.

„Aber ich muß ihm wehtun, was mir so unangenehm ist, so furchtbar unangenehm, daß ich Sie bitten muß, mich zu entschuldigen bei ihm.“

„Was ist es denn?“ fragte Welt unruhig.

„Ich hab' ihm müssen herren den Kredit.“ flüsterte der Bankier mit einer wechleiden Miene und spielte den schwer Betrübten, schmeckte mit den Lippen, laute an seiner Zigarre, seufzte und bedauerte scharf Moriz, der vergeblich sich bemühte, seinen Kneifer wieder aufzufinden und sich zu beherrschen. (Fortf. folgt.)

Erklärung des Reichskanzlers über den Belagerungszustand.

Der Hauptausschuss des Reichstags setzte gestern die Besprechung über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen ist heute nicht mehr so groß wie an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Ausschuss angehörenden Abgeordneten bereits wieder abgereist ist. Am Abend sind der Reichskanzler, der Vizekanzler, verschiedene Staatssekretäre und Minister. Abends nach Eintritt in die Tagesordnung ergriff

der Reichskanzler

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Die Weisungen, die gestern von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem erheblichen Umfange als begründet

anerkannt werden. (Sehr! hört!) Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote ergangen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf, und zwar weder von Freunden noch von Gegnern der Vorlage, so ist dies ein nicht haltbarer Zustand, der übrigens inzwischen schon durch einen Erlaß des Militärverordnungsorgans beseitigt ist. Nach der Lage der Gesetzgebung und der zu deren Ausführung erlassenen Verordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten zurzeit nur in der Lage, durch Vorstellungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die zur Entscheidung allein befugten militärischen Stellen auszuüben. Es ist von dem Herrn Abg. Hübner anerkannt, daß in einer Reihe von Korpsbezirken derartige Klagen über unzulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammenritt des Hauptauschusses Klagen, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß, vorgebracht werden. An den materiellen Befugnissen, welche das Belagerungszustandsgesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Ueberzeugung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den übrigen kriegführenden Staaten, ja, sogar in den neutralen Staaten, auf Grund älterer oder für den Kriegszustand besonders erlassener Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorlesungen der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts

wesentliche Änderungen eintreten müssen.

Wir sind in die Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten, die zu diesem Ziele führen können; an sich erscheinen wohl als die nächstliegenden folgende: Ein Eingriff der Kommandogewalt, durch die die Zuständigkeit der Militärbehörden entsprechend eingeschränkt wird, oder eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither allein zugewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden geteilt werden, oder endlich die Einfügung ausreichender bürgerlicher Elemente in die Leitung zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angebotenen einzuschlagenden Wege am sichersten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, meine Herren, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammenritt im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Änderung in die Wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. (Beifall.)

Meine Herren, Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß diese

berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt

werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie, nunmehr alles Trennende zurückzustellen und das Einigende voranzustellen. Wie ich schon vorgestern gesagt habe: Wir haben doch alle nur das eine Ziel und das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und seiner Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einträglich zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp:

Die Verhinderung auf dem Lande ist auf die Zwangswirtschaft zurückzuführen, die nach dem Stillestand der Gewerkschaften geführt wird. Die Anzahl von Verhaftungen schießt die Erbitterung. Der Ausschuss ist einberufen worden, ohne daß man die Konventionen gehört hat. Wir lehnen deshalb jede Verantwortung ab. Man hat eine Regierungskrise konstruiert; mit dem Ziele, eine weitere Demoralisierung unserer Verfassung herbeizuführen. Damit erfüllt man den Wunsch unserer Feinde und kommt dem Frieden doch nicht näher. Das Drängen nach Parlamentarisierung wirkt leistungsfördernd. Wie kommt die Sozialdemokratie dazu, Bedingungen zu stellen für den Eintritt in die Regierung. Wer hat sie denn dazu aufgefordert? Von einer maßgebenden Stelle kann das nicht geschehen sein. Es handelt sich also nur um eine Forderung der Sozialdemokratie, die in einer Zeit durchgebrochen werden soll, in der sich das Vaterland in höchster Gefahr befindet. Man will an die Stelle der Regierung einen Vollausschuss des Reichstags stellen. Von einer Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung kann keine Rede sein, denn das müßte zu einer Parteiherrschaft führen, die den Bestand des Reiches gefährden müßte. Der Sturz richtete sich in der Hauptsache gegen den Kriegsminister. Redner verteidigt den Erlaß des Kriegsministers, der sich nur gegen die pazifistische internationale Agitation richtet. Wir lehnen die Parlamentarisierung der Regierung unter allen Umständen ab, sonst gibt es kein Halten mehr auf dem Wege zu einem Frieden um jeden Preis. Die Reden Payers und Solfs bewegen sich ebenfalls auf dieser schiefen Bahn. Die Rede Payers in Stuttgart ging noch über die Note Burians hinaus, sie stellte

ein neues förmliches Friedensangebot

dar. Wir halten an unserem Standpunkt bezüglich Belgiens und einer Kriegentschädigung fest. Belgien darf nicht wieder sich selbst überlassen werden und Deutschland kann seine Kriegskosten nicht selber tragen. Kein Verzicht auf Belgien und eine Kriegentschädigung bringt uns dem Frieden näher. Wir wollen weiter kämpfen, bis die Gegner bezwungen sind und sich zum Frieden bereit erklären. Die Polizei darf nicht darauf eingestellt werden, die Sozialdemokraten bei der Stange zu halten. Das muß die besten Kreise im Lande bestimmen. Unahbar ist es, daß in den Bedingungen der Sozialdemokraten der Gedanke durchblickt, daß man bereit sei, den Feinden eine Entschädigung zu geben. Deutschland hat keine Verantwortung an dem Offizier rütteln zu lassen. Daß die Landesverteilung im Osten zugunsten der Großgrundbesitzer erfolgt, ist absolut falsch, die ländliche Ritterschaft habe im Gegenteil geradezu edel behandelt. In Polen muß dafür gesorgt werden, daß durch Grenzveränderungen unsere militärische Grenze besser gesichert wird. Wenn die Finnen sich einen deutschen Richter erzogen haben, so ist das in sich zu begründen. Die sozialdemokratische Forderung bezüglich Elb- und Holstein bedeutet ein weiteres Entgegenkommen an unsere Feinde. Der zukünftige Völkerverbund entspricht unseren Interessen nicht, er ist nur ein schöner Gedanke, des Schweiges der Öfen wert, aber

praktisch nicht durchführbar. Man würde damit den aufstrebenden Völkern jede Entwicklungsmöglichkeit nehmen. Es würde das bedeuten, daß wir uns den Strid um den Hals legen und den Gegnern das Ende dieses Strides in die Hand geben. Weht es so weiter, dann führt das zur Herrschaft der Sozialdemokratie. Es kommt jetzt alles auf die Einigkeit an, denn das Schicksal des deutschen Volkes ist der Preis des Kampfes. Dazu aber ist Einigkeit nötig und Vertrauen zur Führung des Meeres. Dabei geht der U-Boot-Krieg weiter, der sein Ziel trotz alledem erringen wird, die Zermürbung Englands, das dann zum Frieden bereit sein wird.

Vorsitzender Abg. Ebert stellt fest, daß im Senatskonvent vereinbart worden ist, daß er sich mit dem Präsidenten des Reichstages wegen der Berufung des Ausschusses ins Einvernehmen setzen solle. Das ist geschehen, es wurde also ganz korrekt verfahren. Er sei gerne bereit, die Verantwortung für diese Tagung zu übernehmen und befinde sich damit in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Ausschusses. (Zustimmung.)

Abg. Frhr. v. Gamp beklagt sich darüber, daß die konserverativen Parteien von der Vorbereitung der Arbeiten des Reichstages ausgeschlossen sind. Was sich die Zensur geleitet hat, das sei doch wirklich kein nationales Unglück. Mit den Ansichten Payers über den Offizier sei er durchaus einverstanden. Polen gegenüber müssen die Grenzen so gelegt werden, daß der Verkehr mit dem russischen Hinterland nicht unterbunden wird, sonst könne für Preußen unberechenbarer Schaden entstehen. In der preussischen Wahlrechtsfrage hätten sich die Gegenseite doch so weit gemildert, daß mit einer Verständigung gerechnet werden dürfe. Mit der Drohung mit einer Auflösung fördere man allerdings die Verständigung nicht, ganz abgesehen von den Bedenken, die gegen die Vornahme von Wahlen während eines Krieges sprechen.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäusen bespricht einige Offizien. Die Vorbereitung der

Erweiterung der Landbesätze

ist abgeschlossen. Diese ergänzten Landbesätze wirken dann an der Entscheidung mit. Die nicht vertretenen Schichten sollen herangezogen werden. Wegen den deutschen Unterricht in den litauischen Schulen haben sich nur in Wilna Widerstände geltend gemacht. Die Richtlinien für die Schulverwaltung werden demnächst abgeändert. Die Bodenverteilung im Baltikum soll nicht dem Großgrundbesitz Vorteile zuwenden. Streitiges Land zwischen Ritterschaft und Bauern gibt es nur noch in Estland. In Kurland ist diese Frage bereits gelöst. Redner bestreitet, daß den Litauern, die in Berlin weilten, von der Verwaltung verboten wurde, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten.

Abg. Ledebour bemängelt, daß der Ausschuss nicht bereits früher zusammenberufen wurde. Auch das hätte nicht genügt, der Reichstag hätte zusammenzutreten müssen. Wir haben im Reich eine tiefgehende Krise und die Mehrheitsparteien befinden sich in einem Mauerungsprozeß, denn sie beginnen einzusehen, daß die Aussichten auf einen Vernichtungsfrieden recht schlecht geworden sind. Die Mehrheitsparteien sind in ihrer Stellung zum Reichskanzler nicht einig. Die heutige Erklärung des Kanzlers kann selbst den Ansprüchen des Zentrums nicht genügen und die Sozialdemokraten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie zu Verling kein Vertrauen haben. Dagegen sind Nationalliberale und Konserverative dem Kanzler treuhaft um den Bart gegangen. Unter diesen Umständen muß der Reichstag zusammenberufen werden. Redner stellt den Antrag, den Reichstag schleunigst zu berufen. Es ist höchste Zeit, daß endlich mit der Parlamentarisierung unseres politischen Lebens Ernst gemacht wird. Der Einwand der Konserverativen, daß man damit die Wünsche der Feinde erfülle, schlage daneben. Der Reichstag, der so manche Gelegenheit verpasst habe, dürfe in dieser schweren Zeit nicht wieder versagen. Die jetzige Krise beschränkt sich nicht auf Parteien, denn wir stehen heute vor dem

Zusammenbruch des bürokratisch-militärischen Systems.

Deshalb die entgegenkommende Haltung der bürgerlichen Parteien. Die Erklärung des Kanzlers bietet einige kleine unzureichende Konzeptionen. Die Zivilverwaltung ist heute nur noch eine Verdrängung der militärischen Macht. Wir fordern die Beseitigung der Macht der Generale, in das bürgerliche Leben eingzugreifen, sie sollten sich auf die Aufgaben beschränken, die ihres Amtes sind. Wenn man den Generalkommandos ein paar Polizeiseelen beigebe, dann werde an dem System absolut nichts geändert. Derart enge Zusicherungen können die Kritik nicht befriedigen. Wann ist dem Reichskanzler der Geheimverlaß des Kriegsministers bekannt geworden? Hat etwa der Kriegsminister seinen Erlaß auch vor dem Kanzler geheimgehalten? Der Kanzler hätte die sofortige Entlassung des Kriegsministers fordern oder von seinem Amt zurücktreten lassen, wenn er das nicht durchsehen konnte. Der Reichskanzler hat seine Pflicht nicht erkannt, gegenüber den Uebergriffen der Militärgevalt. Der Kriegsminister mußte sich hier erscheinen, nicht aber einen unglücklichen Generalmajor beschämen, der sich für den Kriegsminister opfern mußte. Herr v. Hünne hat in Wien damit renommier, daß die Presse in Deutschland frei schreiben dürfe. Das zeuge von einer völligen Unkenntnis unserer Zensurverhältnisse. Redner bespricht nun eingehend die Vorgänge in der Wahlerversammlung der Unabhängigen in Berlin. Im solche Vorlesungen zu verhindern, genügt es nicht, einen Polizeibeamten in das Generalkommando zu setzen. Der Polizeipräsident von Berlin hätte sofort abgesetzt werden müssen. Durch seine Maßnahmen ist er der beste Agitator für die Unabhängigen geworden. Wenn der Reichstag will, dann kann er die militärischen Macht haben in die Arme drängen. — Daß Belgien entschädigt wird, erscheint uns als eine Selbstverständlichkeit, denn alle Redensarten helfen nicht darüber hinweg, daß Belgien Unrecht geschehen ist. Aus nachträglich aufgefundenen Schriftstücken geht keineswegs hervor, daß Belgien seine Neutralität aufgegeben hätte. Wohl aber war Belgien längst davon informiert, daß Deutschland längst den Plan gefaßt hatte, im Kriegsfall in Belgien einzurücken. Wie kommt der Reichskanzler angesichts dieser Tatsachen dazu, die unrichtigen Behauptungen über Belgien zu wiederholen. Die Plamen als Mehrheit der Bevölkerung, bedürfen des deutschen Schutzes nicht, wenn sie ihre Eigenart erhalten wollten, dann werde ihnen das auch gelingen. Die Ausführungen des Unterstaatssekretärs v. Falkenhäusen verdienen schärfste Kritik, denn nirgends sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker mehr mit Füßen getreten worden, als wie gerade in den Oststaaten. Die dortigen Landesvertretungen seien nicht der Ausdruck des Volkswillens, denn sie leben nur von der Gnade der deutschen Verwaltung. Eine definitive Regelung ist bei einem allgemeinen Friedensschluß möglich. Will sich Deutschland dort Sympathien erwerben, dann müsse man den dortigen Völkern die Möglichkeit bieten, ihre Staaten nach ihren Wünschen auszugestalten. Bisher habe es allerdings die deutsche Bureaucratie nur verstanden,

sich überall Feinde zu schaffen

und das Ansehen des deutschen Volkes zu untergraben. Die Parlamentarisierung, wie der Mittelblod sie wollte, habe keine Vorteile gebracht. Die von der Sozialdemokratie gestellten Bedingungen seien aber ganz unzulänglich. Die Macht der Entscheidung müsse in der Volksvertretung liegen, die Regierung darf nur noch der Verwaltungsausschuss des Parlaments sein.

Abg. Senba (Pole): Wir stehen der Krise uninteressiert gegenüber, treten aber für Parlamentarisierung ein. An der Polenpolitik habe sich unter dem System Verling nichts geändert. Wenn Reichskanzler Graf Verling gemeint habe, er habe ein reines Gewissen in der Behandlung nationaler Minder-

heiten, so müsse dies ein recht weites und robustes Gewissen sein. Die Friedensverträge im Osten und in Rumänien seien ausgeprochene Gewaltfrieden, die unmöglich von Dauer sein könnten. Die Staatenbildung im Osten sei rein willkürlich erfolgt. Diese Arbeit könne ein allgemeiner Friedenskongreß niemals gutheißen. In diesen Ländern habe man die Industrie vernichtet, die Landwirtschaft wurde ausgepreßt, die Arbeitskräfte wurden fortgeführt. Die Bevölkerung sei in ihrer Freiheit völlig beschränkt. Die zurückkehrende Bevölkerung werde nicht in ihre Häuser gelassen, weil sich dort Offiziere häuslich niedergelassen hätten. Im Jahre 1917 hätte die dortige Bevölkerung etwa 40 Millionen Markt an Strafen bezahlen müssen. Die Polen in den besetzten Gebieten des Ostens würden systematisch unterdrückt, von den Juden gar nicht zu reden. Glaubte man, daß die polnische Frage definitiv so gelöst werden kann, wie Herr v. Hünne das angekündigt hat? Diese Lösung entspricht nicht dem Selbstbestimmungsrecht, zu dessen Ausübung bis jetzt noch kein legitimes Organ besteht.

Die Verhandlungen wurden, nachdem alle Parteien zu Worte gekommen waren, auf Freitagvormittag 10 Uhr vertagt.

Hugo Heimanns Kandidatenrede.

Unabhängiger Beifall zur polizeilichen Versammlungsauflösung.

Genosse Heimann begann seine Rede am Mittwoch unter Hinweis auf die polizeilich geführte Wählerversammlung der Unabhängigen mit einem scharfen Protest gegen die Vereinstätigung der Versammlungsfreiheit durch die Polizei und führte dann weiter u. a. aus:

Der jetzigen Neuwahl kommt eine besondere Bedeutung zu, sie ist vor allem eine Handlung für den Verständigungsfrieden auf gerader Grundlage. Die Sozialdemokratie hat alles getan, diesen Krieg zu verhindern, sie war nicht stark genug dazu. In ihrer programmatischen Erklärung vom 4. August 1914, also vom ersten Augenblick an wirkte sie für den gerechten Frieden.

Ein schwierigeres Unternehmen als die Mobilisierung wird der Nebergang zur Friedenswirtschaft sein. Der Abbau der Kriegswirtschaft wird Lohnverdrängung und Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Da gilt es wachsam und kampfbereit sein; auch in politischer Hinsicht dürfen sich die Arbeiter nicht als Figuren eines Schachbretts behandeln lassen. Wir fordern die Demokratisierung der Volksvertretungen in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und damit einen maßgebenden Einfluß auf das Staatsleben und händige Kontrolle.

Der Sturz der Junkerherrschaft

Ist nicht nur eine innerpolitische Frage, ein Staat, in den der Militarismus Triumph ist, kann nicht zu einer Säule des Völkerverbundes werden, wie wir ihn von der Zukunft erwarten, dessen nächste Aufgaben sind: Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit. Weiter fordern wir die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Ihre Schuld am Kriege steht außer Zweifel; der Krieg ist eben ihr Geschäft, sie scheut es selbst nicht, allongierte Zeitungen anzukauften, um die Öffentlichkeit bei Stimmung zu erhalten. Zur leidigen Frage: Dem System der gebundenen Wirtschaft haben wir das — wenn auch kümmerliche — Durchhalten zu verdanken. — Der Katastrophal müßliche Versuch mit dem freien Handel in Oesterreich und der Türkei beweist das zur Genüge. Nur mußte bei uns fester zugegriffen werden; aber ist es, das Gemisch von „freier Wirtschaft“ und Bureaucratie als „Kriegssozialismus“ zu bezeichnen. — Die Wieder Einführung des „freien Spiels der Kräfte“ nach Kriegsende ist unmöglich. Hier steht die Sozialdemokratie im schärfsten Gegensatz zu den Kandidaten des Fortschritts, das würde eine Hochkonjunktur und eine unerträgliche Ausbeutung der minderbemittelten Volksschichten bedeuten.

Als die Unabhängigen seinerzeit die Partei sprengten, wäre diese Tat nur dann zu rechtfertigen gewesen, wenn sie, wie versprochen wurde, den Frieden gebracht hätte. Diese Hoffnung mußte sich als trügerisch erweisen — die Spaltung hat uns keinen Schritt weiter gebracht, sondern, wie die Zukunft noch deutlicher zeigen wird, geschadet.

Die fortschrittliche Kandidatur des Herrn Kempner, der so lebhaft für freie Wirtschaft eintritt, ist das Resultat innerer Kämpfe in der Volkspartei, bei der gerade jene unsicheren Kamtonisten in der Friedensfrage Sieger blieben, die einer Kandidatur Dernburgs, des Mannes der Verständigung, aufs schärfste entgegentraten.

Wir Sozialdemokraten richten uns in der Friedensfrage nicht nach der Kriegslage, sondern unsere Stellung entspricht jeder sittlichen Ueberzeugung. (Lebhafter Beifall.)

Den Schluß der Versammlung haben wir schon gestern geschildert. Als Genosse Richard Fischer auf die wiederholten Kreditbewilligungen durch die Unabhängigen hinwies, kam es zu einem Tumult, der zur Auflösung der Versammlung führte. Es muß die beschämende Tatsache festgehalten werden, daß die Unabhängigen diesen polizeilichen Eingriff mit einer Beifallsfalbe begrüßten. Wenn einem Unabhängigen, wie dem Abg. Haase, von der Polizei das Reden verboten wird, läuft der Sozialdemokratische Parteivorstand zur Regierung und setzt die Aufhebung des Verbotes durch. Wenn einem Sozialdemokraten durch ihren eigenen Tumult und durch polizeiliche Auflösung das Wort abgeknippt wird, bringen die Unabhängigen dem Beamten Ovationen! Wegen die verhasste sozialdemokratische Partei ist eben jedes Mittel recht, auch die Hilfe der Polizei!

Die Unabhängigen zeigen durch ihr Verhalten, daß es ihnen mit ihrer Kandidatur selber nicht ernst ist. Mit bloßem Reden gewinnt man nicht die Wähler!

Parteinachrichten.

Zu dem Rechtsstreit ums „Halle'sche Volksblatt“

der bekanntlich auf Grund eines vom Anwalt der Unabhängigen eingeleiteten Schriftsatzes vertagt wurde, war mitgeteilt worden, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei der Verloscher dieses Schriftsatzes gewesen. Diese Mitteilung rief uns größere Verwunderung hervor, als in dem Schriftsatz betont wird, daß die Spaltung der sozialdemokratischen Partei nicht wegen programmatischer Streitfragen, sondern wegen des Streites über taktische Fragen erfolgt sei. Streittig sei innerhalb der Reichstagsfraktion die Frage der Kriegskredite und der Kriegsziele, schließlich auch Fragen mehr persönlicher Natur, über die Vertretung der Partei durch Redner im Parlament; die Spaltung erfolgte schließlich aus Anlaß eines solchen persönlichen Streites.

Der Bezirkssekretär der Unabhängigen für den Bezirk Halle a. S., Hildebrandt, erklärt jetzt, daß jene Zeilen zwar in dem angezogenen Schriftsatz ständen, daß jedoch nicht Haase, sondern ihr Rechtsanwalt Herzfeld (Raumburg) der Verfasser sei.

Gewerkschaftsbewegung

Vereinbarung und Forderungen der Gutmacher.

Zwischen den Vertretungen des Verbandes der Gut- und Filzwarenarbeiter und dem Arbeitgeberverband der Gutindustrie sind allgemeine Bestimmungen vereinbart worden, welche die Richtlinien für einen demnächst abzuschließenden Reichstaxtarifvertrag darstellen. Lehnfälle sind in dieser Vereinbarung, die vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Mitgliedschaften abgeschlossen ist, nicht aufgeführt. — Die am Mittwoch abgehaltene Versammlung der Filiale Berlin des Gutmacherverbandes stimmte der Vereinbarung zu.

Ferner beschloß die Versammlung, den Arbeitgebern der Strohhutbranche folgende Forderungen einzubringen: Der Wochenlohn für männliche Arbeiter (Fleber, Presser, Streicher, selbständige Appreteure) ist von 55 M. auf 100 M. zu erhöhen und dazu die bisherige Teuerungszulage von 25 Proz. des Lohnes zu zahlen. — Der Wochenlohn der Strohhutnäherinnen ist auf 60 M., der Wochenlohn der sonstigen Näherinnen (Garnierinnen, Fantasiearbeiterinnen, Kopfschneiderrinnen usw.) ist auf 45 M. zu erhöhen. Auch zu diesen Löhnen ist die Teuerungszulage von 25 Proz. zu zahlen. Die Affordröße sind um 50 Proz. zu erhöhen und ist auch auf diese Höhe der Teuerungszulage von 25 Proz. zu gewähren. — Für Reparaturarbeiten sollen folgende Sätze pro Stück bezahlt werden: Fleben ohne Streichen 90 Pf., mit Streichen 75 Pf., Fertigmachen, Bügeln 75 Pf., Pressen 15 Pf. — Die tägliche Arbeitszeit soll 8 Stunden (bisher 9 Stunden), an den Sonnabenden 6 Stunden (bisher 7 Stunden) betragen.

Die Einkommensverhältnisse der Beamten und Arbeiter des Königl. Materialprüfungsamts

in Lichte riefte sind, wie uns berichtet wird, erschreckend niedrig. Es ist kaum glaublich, daß ein staatliches Institut, das in bezug auf Entlohnung den Privatunternehmen ein Vorbild sein sollte, in dieser Beziehung so wenig seine soziale Pflicht erfüllt.

Sind die gezahlten Gehälter und Löhne schon in Friedenszeiten als absolut ungenügend zu bezeichnen, so reichen sie in der Kriegszeit bei den ungeheuren Teuerungszulagen kaum aus, um das nackte Leben zu fristen. Es betragen die Gehälter der ständigen Assistenten vom 1. bis 3. Dienstjahr 2100 M., vom 4. bis 6. 2500 M., vom 7. bis 9. 2700 M., vom 10. bis 12. 3400 M., vom 13. bis 15. 3000 M., vom 16. bis 18. 4200 M. und vom 19. bis 21. Dienstjahr ab 4500 M. Höchstgehalt. Wohnungsgeld 1800 M. Die Gehälter der nichtständigen Assistenten betragen vom 1. bis 3. Dienstjahr 2100 M., vom 4. bis 6. 2400 M., vom 7. bis 9. 2700 M., vom 10. bis 12. 3000 M., vom 13. bis 15. 3300 M., vom 16. bis 18. 3600 M., vom 19. bis 21. 3900 M., vom 22. Dienstjahr ab 4200 M. Höchstgehalt. — Bei Anstellung werden diesen Assistenten nur zwei Dienstjahre angedrehtet, so daß sie mit dem Gehalt von 2100 M. von vorne beginnen müssen! — Die Techniker beziehen ein Ge-

halt vom 1. bis 3. Dienstjahr von 1500 M., vom 4. bis 6. von 1800 M., vom 7. bis 9. von 2000 M., vom 10. bis 12. von 2200 M., vom 13. bis 15. von 2400 M., vom 16. bis 18. von 2600 M., vom 19. bis 21. von 2800 M., vom 22. Dienstjahr ab von 3000 M. Höchstgehalt. Das Anfangsgehalt der Laboratoriumsdiener ist 1500 M. jährlich, um nach Ablauf von 20 Jahren auf 1800 M. zu steigen. Wohnungszuschuß 480 M. — Während sonst bei allen Staatsbeamten laufende und einmalige Teuerungszulagen gewährt werden, scheint das Materialprüfungsamt das Einkommen seiner Angestellten für so ausbleichend zu halten, daß eine laufende Teuerungszulage — trotz der enorm teuren Zeiten — auf eine Verhinderung von Staatsgehältern hinauslaufen würde. Sie mußten sich daher mit einer einmaligen Teuerungszulage begnügen. — Steht es schon mit den Einkommen der Beamten bei diesem Staatsinstitut sehr schlecht, so sind die

Lohnverhältnisse der Arbeiter im Verhältnis noch beträchtlich schlechter.

So beträgt der Lohn eines Gefäßes mit dreißigjähriger Dienstzeit einschließlich der Kriegszulage 45 M. wöchentlich. Eine Reinemadefrau erhält bei einer Arbeitszeit von 7 bis 5 Uhr (einschließlich Pausen) 25 M. wöchentlich. Sie ist bereits 12 Jahre beim Materialprüfungsamt beschäftigt. — Das Kaufmännische eblich bekommt wöchentlich 9,50 M. Diese Zusammenstellung mag genügen, um zu zeigen, wie dringend notwendig eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne bei dem genannten staatlichen Institut ist, um) daß die zuständigen Stellen alle Verantwortung haben, der berechtigten Unzufriedenheit unter den Beamten und Arbeitern durch Gewährung eines den Kriegsverhältnissen entsprechenden Einkommens den Boden zu entziehen.

So hält sich der Unternehmer schadlos.

Für vierundzwanzig Wochenlohn arbeitete Frau B. in einer Berliner Zigarettenfabrik. Davon sollte sie sich und ihre Kinder satt machen. Ein Problem, dessen Lösung einem Hungerkünstler Ehre gemacht haben würde. Doch Frau B. ist keine Hungerkünstlerin und ihre Kinder sind es erst recht nicht. Rot und Sorge waren tägliche Gäste in dem dürftigen Haushalt.

Die Versuchung trat an die arme Frau heran: In der Fabrik ging Tabak pfundweise Tag für Tag durch ihre Hände. Tabak ist ja jetzt ein Wertgegenstand, für den man überall Abnehmer findet. Wenn sie sich nur eine Hand voll davon aneignet, würde sie von dem Erlös ein Brot kaufen können.

Sie konnte der Versuchung nicht widerstehen. Doch gerade an diesem Abend wurden die Arbeiterinnen beim Verlassen der Fabrik arbeitslos verurteilt. Frau B. wurde als Diebin erwischt, entlassen und der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Das Schöffengericht sah den Fall milde an. Den Wert des gestohlenen Tabaks setzte es auf 1,50 M. an und verurteilte Frau B. zu der Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis.

Sie verbatte die Strafe. Der Verlust von einem Tage Freiheit machte ihr keine Sorge. Viel drückender empfand sie es, daß ihr bei der Entlassung dreißig Mark Bohn, den sie in sieben Arbeitstagen verdient hatte, nicht ausgezahlt worden waren. In diesem Betrage wollte sich der Unternehmer für den Diebstahl schadlos halten.

Frau B. rief das Gewerbegericht an. Hier wurde der Unternehmer befehrt, daß auf den verdienten Lohn keine Gegenforderung aufgerechnet werden darf. Ob eine Schädigung des Arbeitgebers durch Diebstahl hiervon eine Ausnahme macht, ist eine unstrittige Frage, die aber meistens dahin entschieden wird, daß der Abzug des Wertes des gestohlenen Material ist. Hiernach würde der Unternehmer allenfalls berechtigt sein, der Klägerin 1,50 M. abzugreifen. Die übrigen 28,50 M. habe er aber ohne jeden Rechtsgrund einbehalten. Diesen Betrag müsse er ausbezahlen.

So kam Frau B. mochenlang nach ihrer Verurteilung schließlich zu ihrem verdienten Lohn.

Die Teuerungszulagen der Seeresverwaltung.

Als Ergänzung der unter obiger Überschrift gedruckten Notiz in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ erhalten wir noch folgende Zuschrift: Der Verfasser des Artikels im „Vorwärts“ sieht die Dinge noch viel zu günstig. Die Teuerungszulagen sollen an die mit Privatdienstvertrag Angestellten nicht etwa später, sondern gar nicht ausgezahlt werden. Die Gehälter der Hilfskräfte sind vor einiger Zeit von 130 bis 150 M. auf 160 bis 250 M. erhöht worden. Gleichzeitig sind damals für drei Monate Nachzahlungen erfolgt, die im Durchschnitt 100 bis 150 M. betragen. Wahrscheinlich wird man die Angestellten damit abspeisen wollen, ohne in Betracht zu ziehen, daß die einmalige Teuerungszulage, die ihnen zugewendet werden mußte, das Mehrfache dieser Beträge ausmachen würde. Das Uebergeben der Hilfskräfte muß um so merkwürdiger erscheinen, als die halbamtliche Befamntmachung ausdrücklich Lohnangestellte als anspruchsberechtigt nennt. Die anderen Behörden und Ministerien haben die Teuerungszulage auch bereits ausgezahlt, nur das Kriegsministerium scheint diese Sonderregelung vorzunehmen.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg Jugendheim, Kohnenstr. 4, Goltzhaus, Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Jäger.

Verantwortlich für Politik: Erich Rautner, Berlin; für den übrigen Teil des Vortrages: Alfred Schatz, Reutlin; für Vorträge: Theodor Hilde, Berlin. Verlag: „Vorwärts“-Verlag, m. s. s., Berlin. Druck: „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungblatt.

Direktion Max Reinhardt, Deutsches Theater.
7 Uhr: **Othello.**
Sonnab. 7 1/2 Uhr: **Clavigo.**

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: **Kinder der Froude.**
Sonnab. 7 Uhr: **Nathan der Weise.**

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstraße 1, Portal 5, Keine Vorst. Sbd. 7 1/2 Uhr: **Arbalt.**

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: **Maß für Maß.**

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater in Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Bilbalaucus Blut.**

Casino-Theater!
Lothringers Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11 Uhr.
Der neue Schläger

Man laßt mal wieder!
Berliner Hofe in 3 Akten.
Vorher erli. Spezialitäten.
11 Uhr: Große Linds Menschenaffen.
Sonnab. 2 1/2 Uhr: **Jugend.**

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8650.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Lauts v. Müllendorff. Georg. L. Holms
Sonnab. 2 1/2 Uhr: **Jugend.**

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4227, 2391
Heute 8 Uhr zum 398. Male:
Der Lebensschüler.
Sonnab. 1/4 Uhr. kl. Preise:
Schneewittchen.
Sonnab. 1/4 Uhr. kl. Preise:
Johannisfeuer.
Abendlich: **Lebensschüler.**

Theater für Freitag, 27. September.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Eugen Onegin.**

Friedrich-Wilhelmstheater
7 1/2 Uhr: **Hannerl.**

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Der Einsame.**

Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Faschingsfee**

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Stralauer Fischzug.**

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6. Leitung: Ferdinand Wagner.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Neue Kunst im neuen Rahmen.
Die große Varieté-Schau
Originalentwürfe d. Bühnendekoration v. Heinrich Zille.
Stralauer Fischzug. Alt-Berliner Weihnachtsmarkt.
Kaschemme usw.

Reichshallen-Theater.
Abendlich 7 1/2 Uhr und
Sonnab. nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sängler

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Wer zuerst kommt, Das süße Mädel.**
Stg. 3 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: **Der junge Zar.**

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: **Der siebente Tag.**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorplatz
7 Uhr:
Was ich dir erzähle

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe**
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: **Graf Habenechts.**
Stg. 3 1/2 Uhr: **Frühlingsluft.**

8 NATIONAL-THEATER Cöpenicker Str. 63.
15 Min. Jannow-Br.
82, 87, 88, 11, 19, 1, 2, 3, 4, 6, 45, 49, 22, 46, 41, 36, 37, 28.
(Untergrundb.: Inselbrücke.)
Der große Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
Musik von Walter Bromma.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: „Mäuschen“, in erster Besetzung. (Kl. Pr.)
Vorzugskart. u. Bons. liegen nicht in d. Geschäftslok. aus.
Vorverk. 10 1/2 u. ab 6 U. Sonnab. u. Stg. v. 10 ununterb.

Gewerkchaftshaus.
Sonntag, den 29. September 1918.
Im großen **Turnverein Fichte**
Saal:
Erste Schüler- und zweite Schülerinnen-Abteilung:
Schulentlassungs-Feier
u. a.: **Konzert, turnerische Aufführungen und humoristische Vorträge.**

Sonntagmittag:
Blumenkohluppe . . . 0,50
Rheintisch . . . 5.—
Steinpilze in kalt. Beilage 3.—
Nunnenohl, holländische . . . 2.—
Steinbutte 2,50

Samstagabend! Ein einmaliges billiges Angebot: 50 Fettgänse mit Kartoffel, geröstet, à Portion 8 Mark.

Heute und morgen:
Hühnerbrähe, à 60 Pf. und darin gekochte Fettgänse, 1/2, Guhn 10 Mark.

WINTERGARTEN
12 Spezialitäten 12
Ranchen gestattet!

Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir. James Klein.
7 1/2, Sonnab. 3 1/2 u. 7 1/2.
September-Sensationen!
Sherlock Holmes der mexikanische Ausbrecherkönig.
Leb. Porzellan, Rita Belmonte, die span. Schönheit, und weitere Sensat.
Vorverkauf an der Tagesk. 10-4 Uhr.
Sonnab. 3 1/2 Uhr jeder Erwachsene 1 Kind frei!

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnab. 3 1/2 u. 7 1/2.
Das **großartige Programm.**
Zum Schluß:
Oberon.
Große Wasser-Pantomime in 5 Akten
Daraus besonders hervorzuheben:
Die großen Sturzwellen.

KUKUK
Lichtspiele
28 Gr. Frankfurter Str. 28
a. d. Andreasstraße

Bassermann
Vater u. Sohn.
Fern Andra
Stürme im Herbst d. Lebens.
Wochentags 5, Sonnab. 3 Uhr.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Alexander-Lichtspiele
12 Alexanderstr. 12
27.-28. September:
Das Geheimnis im Steinbruch.
Nach Georg Ohnes Roman, in 4 Akten.
Die Dame im Schaufenster.
Lustspiel in 3 Akten mit **Claire Waldoff,** d. drolligsten, witzigsten Berliner Type.
Wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Fette Ganten,
Grat- und Zuppenbühnen, Lebende Witzspiele,
Fette Kaminchen u. Tauben empfiehlt besonders preiswert **Schmidt vom Tasche,** Plan-Wer 21, am Galleisch. Tor.

Günstiger Möbel-Verkauf!
Ein großer Posten
Küchen, natur und gestrichen, von M. 350.— an
Schlafzimmer, a. Eiche u. gestr., v. M. 1400.— an
Wohnzimmer, mit u. ohne, von M. 600.— an
Sofas, prima Verarbeitung, von M. 300.— an
sowie **Einzelmöbel** aller Art in solider Verarbeitung.
Außerst preiswert zu verkaufen. 2136L.
Besichtigung erbeten! Aufbewahrung kostenlos!
Möbelhaus N. Stolzmann
Berlin-SW, Belle-Alliance-Str. 100
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsweise.

Die langen Winterabende kommen, und stärker als sonst meldet sich das Bedürfnis nach guter Lektüre. Wer für diese Zeit vorsorgen will, der bestelle zum 1. Oktober die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“. — Es beginnt ein neuer Roman: **Der Schneider von Ulm** von Max Eyth. Mit Bildern von Professor J. Damberger. — Es ist die prächtige Geschichte des Ulmer Schneiders Verblinger, der eine Lösung des Flugproblems versuchte, ein Vorläufer der modernen Flugzeugfinder. Packende Seelenmalerei, erquickender Humor zeichnen dies Werk aus. Charakteristische Frauengestalten beleben den Roman, der zu den schönsten Erzeugnissen der volkstümlichen Literatur gehört und besonders auch der reiferen Jugend empfohlen werden kann. — „In Freien Stunden“ erscheinen wöchentlich für 20 Pf. und bringen außer dem Hauptroman in jedem Heft eine zweite Erzählung, Skizze oder Humoreske, ferner interessante Aufsätze, Notizen und Bilder aus allen Wissensgebieten, Ratsschlüsse für Haus und Küche, Rätsel, Scherz und Satire.

Unterzeichneter bestellt:
In Freien Stunden
Heft 1 und folgende
(in jeder Woche 1 Heft für 20 Pf.)
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Der Bestellzettel ist an unsere Expedition einzusenden!